:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 18.9.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kongress des KOPP-Verlags

LEINFELDEN-ECHTERDINGEN. Der KOPP-Verlag aus Rottenburg, in dessen Buchangebot sich Verschwörungstheoretiker aller Couleur und extrem rechte Autoren tummeln, will am 4. Oktober einen Kongress in der „Filderhalle“ in Leinfelden-Echterdingen durchführen. Unter dem Motto „Das geheime Wissen der Goldanleger“ werden Referate von „Börsen-Guru“ Marc Faber, von Dimitri Speck, Autor des Buches „Geheime Goldpolitik“, von KOPP-Autor Thorsten Schulte, dem Vermögensverwalter Peter Boehringer und von Bruno Bandulet angekündigt. Bandulet gehörte früher dem Bundesvorstand des rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger“ an. Referieren sollen die fünf „Spezialisten“ zu Fragen wie „Sind 3.000 Tonnen deutsches Gold für immer an die USA verloren?“ oder „Wird es zu einem Goldverbot in Deutschland kommen?“. Die Moderation der Veranstaltung wird dabei Ralf Flierl, Chefredakteur des auch in einschlägig rechten Publikationen beworbenen Börsenmagazins „Smart Investor“, übernehmen

hma ■

Kriegerdenkmal verhüllt

KONSTANZ. Die Konstanzer Friedensinitiative hat ein 1937 von den Nazis eingeweihtes Kriegerdenkmal vor dem Haupteingang der Konstanzer Cherisy-Kaserne mit einem Transparent weitgehend verhüllt. Auf dem Transparent ist in großen Buchstaben das Wort „Propaganda“ zu lesen und darunter das Wort „Realität:“, gefolgt von einem Bildnis eines mehrfach verwundeten Soldaten mit einer Krücke. Die Friedensinitiative will mit dieser Protestaktion eine Debatte um die Zukunft des martialisch dreinblickenden Steinsoldaten anstoßen. Dies scheint ihr – mit Blick auf die lokalen Medien – gelungen. Die „Freie Grüne Liste“ will die Debatte demnächst in den Kulturausschuss der Stadt tragen. Ob es zu einer Umgestaltung oder gar Beseitigung des Kriegerdenkmals von Paul

Aus dem Inhalt:

Landtagswahl in Thüringen 2

Gab es wirklich kein Bekennerschreiben (Teil 2) 3

Marine Le Pen wähnt sich im Anmarsch auf die politische Macht 8

Zweireiher statt Springerstiefel

Die „Alternative für Deutschland“ als „rechtsradikale Partei neuen Typs“[1]

Dieses war der erste Streich…. Nachdem Sachsen bereits bei den Bundestags- und den Europawahlen ein Schwerpunkt der AfD gewesen war, war man dort nach den Landtagswahlen vom 31. August schon fast froh, dass das Ergebnis dieser Partei mit 9,7 Prozent nicht zweistellig ausgefallen war. Gleichzeitig konnte man danach fast sicher davon ausgehen, dass auf diesen ersten Streich mit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente von Thüringen und Brandenburg umgehend ein zweiter und dritter folgen würden. Die jeweiligen Resultate mit 12,2% (11 Sitze) in Brandenburg und 10,6% (11 Sitze) in Thüringen fielen dann noch drastischer aus als erwartet. Damit befindet sich eine Partei im Prozess der Etablierung, deren Einschätzung zunächst als „euro-kritisch“ zu nunmehr mehrheitlich „rechtspopulistisch“ gewechselt ist. Die anfänglich recht wohlwollende mediale Begleitung des Gründungsprozesses ist einer deutlichen Kritik gewichen. Dies war offenbar nicht ausreichend, um Wahlerfolge zu verhindern. Die AfD hat bei allen drei Wahlen in beträchtlichem Umfang von den anderen Parteien und nicht zuletzt auch bisherigen Nichtwählern gewonnen. Die stützt die Vermutung, dass alle anderen Parteien die AfD sträflich unterschätzt haben und es aus diesem Grunde versäumten, eine für ihre jeweiligen Zielgruppen schlüssige Strategie gegen die AfD zu erarbeiten. Die Unsicherheit über die zutreffende politische Einstufung der AfD dürfte daran einen wichtigen Anteil gehabt haben.

Personal mit Vergangenheit

Die Meldungen über personelle Überschneidungen der AfD, speziell in Sachsen, mit der extremen Rechten häufen sich gegenwärtig.[2] Erste personelle Konsequenzen, wie den Rückzug des designierten Alterspräsidenten des Sächsischen Landtages, Detlev Spangenberg, von diesem Amt hat die AfD bereits vollzogen. Eine erste Analyse der AfD-Landtagskandidaten in Brandenburg durch den rbb[3] zeigt, dass sich auch in diesem Bundesland etliche Aktivisten mit einer nachweisbaren Vergangenheit in Organisationen der extremen Rechten auf der Kandidatenliste, teils auf aussichtsreichen Plätzen, befinden. Björn Höcke, Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, hat offenkundig starke inhaltliche und persönliche Affinitäten zu der „neu“rechten Strömung der „Identitären[4]“. Die Landesgeschäftsführerin der AfD im Mecklenburg-Vorpommern machte durch rassistische Äußerungen in sozialen Netzwerken von sich reden.[5] Solche Biografien deuten zunächst lediglich darauf hin, dass ehemals parteipolitisch heimatlose Anhänger der extremen Rechten in den Inhalten der

Fortsetzung Seite 4

Diesch kommen wird, ist derzeit fraglich. Von 270 Lesern der Tageszeitung „Südkurier“ sprachen sich bei einer Online-Abstimmung 80,6 % für den Erhalt des Steinsoldaten aus. Eine Informationstafel, die auf den historischen Hintergrund des Denkmals – die Erinnerung an die Schlachten von Cherisy im 1. Weltkrieg mit Beteiligung des 6. Badischen Infanterie-Regimentes aus Konstanz – hinweist, findet hingegen schon erste Anhänger

hma ■

Auflage erhöht

Die Zeitschrift „COMPACT“ um Chefredakteur Jürgen Elsässer hat – nach eigenen Angaben – ihre Auflage im September auf 42 000 Exemplare pro Monat gesteigert. Zu Beginn des Jahres 2014 sollen es noch 30 000 Exemplare pro Monat gewesen sein. Diese „Offensive“ sei „nicht ganz billig“ gewesen, heißt es bei „COMPACT“. Mit einer Aufkleber-Kampagne und mit kostenlosen Internet- und youtube-Angeboten scheint die rechtsgewirkte Zeitschrift erfolgreich neue Kunden gewonnen zu haben. Ende September soll nun ein 4. „COMPACT-Spezial“ über den „Krieg gegen Russland“ erscheinen. Zudem erscheint in der „COMPACT-Edition“ das Buch „Wladimir Putin: Reden an die Deutschen“ in der zweiten Auflage.

hma ■

Lehren aus dem NSU-Terror?

Auf dem 3. Parlamentariertag der LINKEN in Erfurt (4. und 5. September) wurde in einem Workshop „Neonazismus und Rassismus bekämpfen“ über die Lehren diskutiert, die aus dem NSU-Terror gezogen werden müssen. …
Die LINKE geht mit drei zentralen Forderungen an die weitere Aufarbeitung des NSU-Skandals:
Erstens: Die Verfassungsschutzämter haben nicht das Grundgesetz geschützt, sondern Nazis unterstützt und polizeiliche Ermittlungen behindert. Deshalb sind sie als Geheimdienste aufzulösen. Die V-Leute-Praxis aller Sicherheitsbehörden ist umgehend einzustellen.
Zweitens: Es gibt in Deutschland gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus auf allen Ebenen, der bekämpft werden muss. Deshalb fordert die LINKE u.a. ein Bleiberecht für Opfer rechtsextrem-rassistischer Gewalt, Aufklärungsprogramme innerhalb von Polizei und Justiz und unabhängige Polizei-Beobachtungs- und –Beschwerde-Stellen.
Drittens: Die Förderung gesellschaftlicher Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus muss dringend verbessert werden. Dazu gehört einmal mehr Geld, das deutschlandweit und dauerhaft zur Verfügung stehen muss. Aber auch die endgültige Abschaffung der „Extremismus-Klausel“, mit der die Initiativen unter einen verfassungswidrigen Generalverdacht gestellt werden.

(gekürzt) Brigitte Wolf ■

Wieder: AfD drin – NPD draußen

Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 – Wahlnachtbericht

Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD ist neben Brandenburg auch in den Thüringer Landtag eingezogen. Entgegen der Prognosen, die ihr zuletzt ein Ergebnis von ca. 7% voraussagten, hat sie mit 10,6 das bisher beste Ergebnis erreicht.

Mit 11 Mandaten ist sie stärker als die FDP in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode. Anders als die Partei in Sachsen verfügt sie in Thüringen weder über zumindest einigermaßen bekanntes Spitzenpersonal oder eine organisatorische Ausgangsbasis.

Sie nimmt einerseits die Funktion der „Denkzettel“- und Protestwähler-Partei ein, zeigt aber andererseits auch ein hohes Maß an überzeugten Wähler_innen aus dem wertkonservativen und rechten Wählerspektrum. Sie ist die eigentliche Wahlsiegerin.

Der Wahlkampf der AfD war erkennbar darauf angelegt, Protestwähler/-innen ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD.

In Übereinstimmung mit Alexander Häusler (2014) lässt sich festhalten: Die AfD ist „geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch affinem Milieu. Es gibt eine auffällige inhaltliche Zustimmung aus Parteikreisen zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Ein besonders Feindbild der AfD ist die so genannte Politische Korrektheit – die These, dass Medien und Politik vom angeblichen Diktat einer linksgestrickten ‚political correctness‘ beherrscht seien.“

Die Wähler/-innenschaft der AfD dürfte sich bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saßen.

In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.

In 26 der 44 Landtagswahlkreise erreicht die AfD zweistellige Listenstimmenergebnisse. Ihre fünf besten Wahlkreise sind:

1.	**Ilm-Kreis II (23):**	15,2%
2.	**Saale-Holzland-Kreis II (36):**	14,2%
3.	**Greiz I (39):**	14,0%
4.	**Gera I (41):**	13,9%
5.	**Gera II (42):**	13,6%

Anders als in Sachsen lassen sich in Thüringen nach kursorischer Prüfung keine unmittelbaren Zusammenhänge zwischen hohen Stimmergebnissen für die AfD und die NPD erkennen.

Die AfD kann Stimmen aus allen politischen Spektren gewinnen. Die höchste Wählerwanderung erfolgt von den anderen Parteien (23 000), deren Wähler/-innen sich davon einen rea- len Stimmenerfolg erhoffen. Von der CDU wechseln 18 000 Wähler/-innen zu AfD, gefolgt von der Linkspartei (16 000) und jeweils 12000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innen- Spektrum und von der SPD. Von der FDP wandern 11 000 Wähler/-innen ab und damit der prozentual höchste Anteil aus allen Parteien, gemessen an der Gesamtstimmenzahl der jeweiligen Partei.

Rechtsextreme bleiben draußen

Der Thüringer Landtag ist das einzige ostdeutsche Landesparlament, in dem seit 1990 keine rechtsextreme Partei vertreten war. Dies bleibt auch nach der diesjährigen Landtagswahl so.

Die NPD scheiterte mit 3,6% klar an der 5%-Hürde. Sie verliert 11 000 Stimmen von denen ein relevanter Teil an die AfD gegangen sein dürfte.

Während sie bei den Wähler/-innen über 70 Jahren auf einen Anteil von 1% kommt, stimmen 10% der Erstwähler/-innen für die NPD.

Benjamin-Immanuel Hof ■

Gab es wirklich kein Bekennerschreiben?

Fortsetzung des Artikels von Rechtsanwalt Eberhard Reinecke „Es gab doch kein Bekennerschreiben – Rechtfertigungsstrategien der Ermittlungsbehörden für das Versagen“ aus der letzten Ausgabe der AN

Das Argument „Es gab ja kein Bekennerschreiben“ ist so noch nicht einmal richtig. Es trifft zu, dass es zum Anschlag in der Keupstraße kein Bekennerschreiben gab, zumindest nicht bevor das Paulchen-Panter-Video nach dem 04.11. 2011 verbreitet worden ist. Es trifft aber nicht zu, dass es keine allgemeine Bekennung des NSU gegeben hätte. Bereits im Jahre 2002 ist in mindestens zwei rechtsradikalen kleinen Fanzines – kleine Heftchen mit Auflage von 500 bis 1000 – ein Manifest des NSU verbreitet worden. Ich will es zitieren, weil das auch der Verfassungsschutz gelesen hat.

Da heißt es:

„Die Aufgaben des NSU bestehen in der energischen Bekämpfung der Feinde des Deutschen Volkes und der bestmöglichen Unterstützung von Kameraden und nationalen Organisationen. Solange sich keine grundlegenden Änderungen in Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weiter geführt. Getreu dem Motto: „Sieg oder Tod“ wird es kein zurück geben. Entschlossenes bedingungsloses Handeln soll der Garant dafür sein, dass der morgige Tat dem deutschen Volke gehört. Jeder Kamerad ist gefragt, auch du!!! Gib Dein Bestes – Worte sind genug gewechselt, nur mit Taten kann ihnen Nachdruck verliehen werden. Der NSU ist keine abstrakte Sache. Jeder Kamerad gehört dazu, sofern er den Mut findet zu handeln und seinen Beitrag zu leisten. Wie erfolgreich der nationalsozialistische Untergrund in der Zukunft sein wird, hängt auch von Deinem Verhalten ab. Das Zeichen des NSU symbolisiert die Sympathie und Verbundenheit gegenüber der neuen Bewegung. Es verkörpert jedoch auch die Ablehnung der bestehenden Verhältnisse und die Bereitschaft, dagegen vorzugehen.“

(Das Zeichen des NSU ähnelt einem auf dem Kopf gestellten Zeichen der SA). Wir hatten hier im Jahre 2002 radikale Bekennung zu „Sieg oder Tod“ Zu diesem Zeitpunkt waren bereits erste Mordtaten und auch der Bombenanschlag in der Probsteigasse begangen worden. Der Verfassungsschutz hat diese Veröffentlichung gelesen und als irrelevant behandelt und ist dem auch nicht weiter nachgegangen. Obwohl in der gleichen Ausgabe eben der Herausgeber des Fanzise schreibt „Dank an den NSU. Die 2,500,00 € haben Früchte getragen.“ D. h. es erfolgte sogar in selben Ausgabe ein Hinweis darauf, dass der NSU in der Lage ist, rechten Publikationen Geldmittel zur Verfügung zu stellen und wenn man weiß, dass ein Großteil der rechten Anhängerschaft von Sozialleistungen leben, dann ist 2500,00 € sehr viel, das nicht unbedingt aus legalen Einkünften stammt. Der Verfassungsschutz könnte natürlich bei seinen vielen Spitzeln in der rechten Szene gedacht haben, dass ist jetzt ein Teil unseres Geldes.

Wenn man ernsthaft davon ausgeht, dass von Leuten gespendet worden ist, die im Untergrund leben, die also eigentlich keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, sondern sich auf andere Weise finanzieren, dann müsste das ein zusätzliches Alarmsignal sein. Das aber wie gesagt nichts ausgelöst hat.

Verharmlosung in den Verfassungsschutzberichten

Das geht darauf zurück, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und auch die Verfassungsschutzämter der Länder permanent das Problem des rechtsradikalen Untergrunds unterschätzt haben. Wir finden im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 1998, also Anfang 1998 erschienen, durchaus einen Hinweis. Auf der Seite 24 heißt:

„Im Januar stellte die Polizei bei NEO-Nazis in Jena (das ist also Böhnhard, Mundlos, Zschäpe) unter anderem vier funktionsfähige Rohrbomben sicher. Konkrete Anschläge scheint die Gruppe damit nicht beabsichtigt zu haben. Gegen die drei Tatverdächtigen, die seither flüchtig sind, erging Haftbefehl.“

Warum soll jemand, der Rohrbomben plant, keine konkrete Anschläge beabsichtigen? Ich kann mir nicht vorstellen, wofür man Rohrbomben baut, wenn man keine konkreten Anschläge beabsichtigt. D. h. hier wurde von vornherein abgewiegelt, diese Abwiegelei zieht sich dann wiederum durch sämtliche weitere Jahresberichte, 2001 war der Tenor des Bericht „Es kann theoretisch einzelne gewaltbereite Personen in der rechten Szene geben, aber wir kennen niemanden“. Und so spielen sich die Verharmloser die Bälle gegenseitig zu. Ich hatte oben den damaligen Bundesinnenminister mit seiner Stellungnahme im Untersuchungsausschuss des Bundes zitiert, in der er dann den Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2003 zitiert: „Anhaltspunkte für terroristische Aktivitäten anderer Rechtsextremisten (außer einem Strafverfahren) lagen im Jahre 2003 nicht vor.“

Der damalige Verantwortliche für den Verfassungsschutz, der Innenminister, leugnet – wie ich am Anfang ausgeführt habe – weitgehend die Existenz rechtsradikaler Gewalt und reduziert sie mit statistischen Tricks. Das Bundesamt für Verfassungsschutz – getreu dieser Linie – schreibt Jahr für Jahr etwas von möglichen rechten Gewalttätern, auf die es aber keine konkreten Hinweise gäbe, selbst als die drei untertauchen. Schily setzt sich dann wieder in den Untersuchungsausschuss hin und sagt, der Verfassungsschutz kam ja selbst zu dem Ergebnis, dass es keine Hinweise auf solche rechtsradikalen Anschläge gibt. D. h. wir haben hier die vollständige Abschottung, weil man es nicht anders wollte.

Auch beim Oktoberfestattentat gab es kein Bekennerschreiben

Wer die Vergangenheit nicht aufklärt, der steht in der Gefahr, dass sich so etwas wiederholt. Auch beim Oktoberfestattentat gab es bekanntlich kein Bekennerschreiben. Das Problem wurde seinerzeit dadurch erledigt, dass die Theorie von dem verwirrten Einzeltäter in die Welt gesetzt wird, von dem man kein Bekennerschreiben erwartet und sämtliche Hinweise zu Kontakten in die rechtsextreme Szene zu der Wehrsportgruppe Hofmann schlicht und einfach geleugnet wurden und zwar aus ganz bewussten politischen Kalkül für Franz Josef Strauss und seine Aussichten in der damaligen Bundestagswahl. Wenn man damals gesagt hätte „Es ist eine Gruppe, die hinter dem Attentat steht“, dann wäre das Argument „Aber es hat ja kein Bekennerschreiben gegeben“ heute eigentlich von Anfang an tot. Ich empfehle in diesem Zusammenhang das Buch oder den Film „Der blinde Fleck“ zum Oktoberfestattentat. Hier wird sehr nachvollziehbar am Ende dargestellt, dass die Blindheit gegenüber dem Wüten des rechten Terrors durch den NSU auch eine Wurzel in der Leugnung des Zusammenhangs zwischen dem Oktoberfestattentat und rechten Strukturen hat.

Eberhard Reinecke ■

Fortsetzung von Seite 1

AfD deutliche Hinweise sehen, dass sie hier ihren politischen Kurs mit mehr Aussicht auf Erfolg fortsetzen können. Die AfD entfaltet eine „Staubsaugerwirkung" im Personenpotenzial zwischen CDU und NPD. Es ist auffällig, dass in Sachsen die AfD in den gleichen Regionen besonders gut abgeschnitten hat, die auch weiterhin Hochburgen der NPD sind. Dies deutet darauf hin, dass in diesen Gebieten (Erzgebirge, Sächsische Schweiz, Oberlausitz) ein politisch-kulturelles Klima herrscht, welches durchaus den Erfolg zweier Parteien rechts von der Union ermöglicht, so diese unterschiedliche soziale Zielgruppen ansprechen können.

Entsprechende Vorwürfe einer Durchsetzung der Mitgliedschaft mit teils langjährigen Akteuren der extremen Rechten wehrt die AfD regelmäßig durch den Hinweis ab, es handele sich lediglich um wenige Einzelfälle, die Mitgliedschaften lägen lange zurück, es handele sich nicht um vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierungen, wegen des starken Mitgliederzuwachses habe man nicht alle Neulinge so gründlich wie geboten überprüfen können. Alexander Gauland hält gar eine einschlägige ehemalige Mitgliedschaft für „unproblematisch". Er könne niemandem die Mitgliedschaft verweigern, „nur weil er für kurze Zeit Mitglied in einer rechten Partei war".[6] Intern hat die AfD längst erkannt, dass es sich um mehr als die behaupteten Einzelfälle handelt. Bei der Bundesvorstandssitzung der AfD am 18. Juli 2014 wurde das aus NRW stammende Vorstandsmitglied Marcus Pretzell beauftragt, „politisch einschlägig auffällige Mitglieder" im Landesverband Bayern für den Bundesvorstand „aufzubereiten". Der in einem dem Vorstand vorgelegten Papier kritisierte bayerische Landesvorsitzende konterte mit dem Vorwurf, der eingesetzte Kontrolleur Pretzell habe selbst ein rechtes Umfeld.[7] Insgesamt wird die Leitlinie ausgegeben, sich jener Mitglieder, die man selbst als problematisch erachtet bzw. wegen denen man sich angreifbar glaubt, möglichst „geräuschlos" zu entledigen.

Jenseits der Schutzbehauptung von den angeblichen „Einzelfällen" zeichnet sich immer stärker ein anderer Trend ab. „Der Flügelkampf innerhalb der AfD scheint entschieden. Immer mehr liberale Mitbegründer der AfD verlassen die Partei resigniert oder finden sich parteiintern im Abseits. Für die extrem rechten Kräfte, die Parteichef Lucke in die Partei geholt hatte, fehlt inzwischen jedes Gegengewicht."[8] Zu diesen gemäßigten Kräften, die der AfD inzwischen den Rücken gekehrt haben, zählen auch ehemals ranghohe Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder, die in der Anfangsphase als Aushängeschilder benutzt wurden, um mittels ihrer Person und Funktion den Vorwurf der Rechtslastigkeit abzuwehren. So begründet die ehemalige niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Martina Tigges-Friedrichs, ein ehemaliges Mitglied der FDP, ihren Schritt: „Für mich ist ein klarer Rechtsruck der Partei erkennbar, den ich nicht mittragen möchte. Es geht nicht mehr um konservative und liberale Positionen, sondern um erzkonservative und nationalistische. Bereits zur Europawahl im Mai hatte die AfD den praktisch gleichen Slogan wie die NPD plakatiert: „Wir sind nicht das Weltsozialamt!" Das fand ich unmöglich. Aber auch schon vorher hat es in mir gegärt. Seit Oktober 2013 war ich bei den Kolibris. Das ist ein loser Zusammenschluss der Konservativen und Liberalen in der AfD. Sie verstehen sich als Gegengewicht zu den – vorsichtig ausgedrückt – nationalen Kräften in der AfD, die sich in der sogenannten Patriotischen Front zusammengeschlossen haben. Aber wenn man bei Facebook verfolgt, wie enorm die Nutzerzahlen der Patriotischen Plattform im Unterschied zu den Kolibiris anwachsen, muss man irgendwann einsehen, dass man verloren hat."[9]

In diesem Zusammenhang muss hervorgehoben werden, dass die besagte „Patriotische Plattform" wesentlich durch sächsische AfD-Funktionäre initiiert worden ist und in diesem Landesverband noch immer ihren personellen Schwerpunkt hat. So gehört der wegen seiner behindertenfeindlichen Äußerungen (vorläufig) in die zweite Reihe verbannte ehemalige stellvertretende sächsische Landesvorsitzende Thomas Hartung ebenso zu dieser Strömung wie der Leipziger Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider, der herausgehoben am Entwurf des sächsischen Wahlprogramms gearbeitet hat, oder die beiden Leipziger Landtagskandidaten Felix Koschkar und Rechtsanwalt Roldand Ulbrich, die durch den Skandal um die Einladung des Österreichers Andreas Mölzer als Wahlkampfredner von sich reden machten.[10]

Horst Kahrs und Benjamin Hoff sehen in ihrer Analyse des Wahlergebnisses in Sachsen Orientierungen der Wähler_innenschaft, die sich „bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. (…) In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD."[11] Soziologisch betrachtet, fehlte genau jener bürgerliche Teil, der den Kern der Klientel der REPublikaner in ihren Schwerpunktgebieten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ausmachte, in den ostdeutschen Bundesländern. Im Osten konnte die völkisch-soziale Propaganda der NPD eher wirken als die wohlstandschauvinistische der REPublikaner, auch wenn der Rassismus in beiden Argumentationsmustern zentrales Element war.

Die Trennungslinie, so folgerichtig Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstitute Forsa, „zwischen den beiden Lagern ist die soziale Schichtzugehörigkeit". Die Anhänger der AfD stammten „eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen."[12] Zur Sozialstruktur der stellt er fest: „Die Anhänger der AfD kommen (…) vor allem aus einem bestimmten Segment der deutschen Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent). 55 Prozent haben Abitur und/oder studiert und beurteilen die Wirtschaftserwartungen pessimistisch, 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro oder mehr. (…) Männer stellen über zwei Drittel (69 Prozent) der AfD-Anhängerschaft, Frauen nur 31 Prozent. (…) Als politisch rechts schätzen sich 28 Prozent der AfD-Sympathisanten ein, immerhin 17 Prozent als links, und 55 Prozent verorten sich in der Mitte."[13] Nach der Europawahl und der öffentlichen Debatte über das gute Abschneiden der AfD bekomme die Partei nun offenbar auch Zulauf von Angehörigen der unteren Schichten, die bislang eher zur Wahlenthaltung tendierten. Wenn dies zutrifft, ist davon auszugehen, dass auch in den bisherigen Hochburgen der NPD die AfD von dieser vermehrt Anhänger abziehen wird.

Hoff und Kahrs gelangen zu dem Schluss, dass der Wahlkampf der AfD darauf angelegt gewesen sei, Personen, die gegen die herrschende Politik protestieren wollten, „ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD." Weiter heißt es: „Zu diesem Zweck widmete sich das Wahlprogramm und der Wahlkampf der AfD denjenigen Themen, die im Spannungsfeld zwischen rechtskonservativ und rechtsextremistisch seit langer Zeit als Angstmacher en vogue sind.."[14] In der Analyse folgt eine Reihe von Positionen der AfD, die seit langer Zeit zum Kernbestand der Ideologie der nicht-nazistischen extremen Rechten gehören. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf verwiesen, dass ein vorwiegend kulturell und religiös begründeter Rassismus zum Kernbestand des Gedankenguts der AfD gehört.

Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg bei der Landtagswahl, insistiert dagegen begreiflicherweise, seine Partei sei vorwiegend eine Protestpartei. Im Interview mit dem „Handelsblatt" zieht er aufschlussreiche Vergleiche: „Die NPD ist mit ihrer Nähe zur Nazi-Zeit für viele, die einen Denkzettel austeilen wollen, unwählbar." Die Piraten erreichten diese Zielgruppe mit ihrem Schwerpunkt Netzpolitik nicht. „Das reicht nicht, um als Protestpartei profitie-

ren zu können. Und die NPD ist zu igittigitt. Da bleibt nur noch die AfD.“ Manfred Güllner bestreitet die Eigencharakterisierung als „Protestpartei“. Die AfD werde „gewählt von einem Milieu, das man als rechtspopulistisch bis rechtsradikal identifizieren kann.“ Der Forsa-Chef schätzt, dass etwa zehn Prozent der Wähler für ein „solches Weltbild anfällig“ seien. „Die gehen zeitweilig entweder gar nicht wählen oder parken ihre Stimmen bei anderen Parteien, auch, aber nicht nur, bei der Union – bis es wieder eine für sie attraktive Partei auf der rechten Seite gibt.“[16] Die AfD sei nach der Sachsen-Wahl salonfähig geredet worden.

Helmut Kellershohn sieht es als „Kuriosum“, dass „Identitätspolitik“ ein eigenständiges Thema im Wahlprogramm der sächsischen AfD gewesen ist. „Zum einen wird die (auf die Region bezogene) „Landesidentität“, zum anderen die „Nationalidentität“ beschworen. Wer diese nicht hat, neigt erstaunlicherweise zum Extremismus. Schuld an diesem ist also die mangelnde Identifikation mit dem Land, in dem man lebt. Dagegen helfe z.B. ein Geschichtsunterricht, dessen „deutlicher Schwerpunkt“ im 19. Jahrhundert liegen soll (1813, 1848, 1871). Das „Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen“ sollte „selbstverständlich“ sein. Empfohlen werden „weniger Anglizismen“ und „mehr deutschsprachige Titel“ in Rundfunk und Fernsehen. Gleichzeitig wendet man sich gegen Sprachregelungen und politische Vorgaben bezüglich „Gender- und Gleichstellungsideologie“. Insgesamt also ein Plädoyer für eine staatlich gelenkte nationalistische Medienpolitik.“[17]

Jungkonservative Ideengeber

Er betont gleichzeitig, dass die AfD in diesem Prozess nicht ausschließlich Subjekt sei, sondern ebenso Objekt der strategischen Planung der Exponenten der antidemokratischen jungkonservativen Richtung der „Konservativen Revolution“ sowie der Identitären. Entsprechend sieht Helmut Kellershohn neben einer „Politik für den Mittelstand“ im Sinne des Nationalliberalismus und einer Orientierung an christlichen Werten „mit einer traditionalistischen bis fundamentalistischen Prägung“ in der „völkischen Ideologie“ den dritten Eckpunkt der Programmatik der AfD, diese jedoch „nicht im Sinne der alten völkischen Bewegung, sondern in einem modifizierten Sinne, nämlich vermittelt über die jungkonservative Lesart des völkischen Nationalismus, die bei aller Betonung der „ethnischen Kontinuität“ als Basis der Nation stärker das willentliche, subjektive Element hervorhebt.“[18] Kellershohn beschreibt damit das Ergebnis eines Modernisierungsprozesses der Ideologie der extremen Rechten.

Die Zentralität dieses Themenkomplexes unterstreicht der AfD-Mitbegründer und Vorsitzende der „Konservativen Avantgarde“, Martin E. Renner in seinem jüngsten Artikel mittels einer Negativbeschreibung: „Grundlagen der Bestandsaufnahme der politischen Realität in Deutschland und die Feststellung der Verstöße gegen die eigene – deutsche – Identität waren und sind: Abwendung der etablierten Politik vom Rationalen. Vermoralisierung der Politik. Selbstüberforderung. Verzicht auf nationale Selbstbestimmung. Verzicht auf entschlossene Selbstbehauptung und auf Selbstbewahrung. Verzicht auf Selbstbewusstsein. Kultivierung und Instrumentalisierung von Angst. Zerrüttung des Bürgerlichen, der Familie und der gesellschaftlichen Normativität.“[19]

Die unlängst durch Anonymus Österreich öffentlich gemachten Dokumente[20] der so genannten Landesfachausschüsse der sächsischen AfD, die der Vorbereitung der Verabschiedung des Landtagswahlprogramms dienen sollten, unterstreichen, eine Untersuchung der öffentlichen Programmatik der betreffenden Formation nicht hinreicht, um zutreffende Aussagen zu ihrer Ideologie zu treffen. Zwar verweist die AfD berechtigt darauf, dass beispielsweise einige behindertenfeindliche Passagen nicht in das Programm übernommen worden seien, doch erfolgte die Streichung lediglich aus taktischen Erwägungen. Hinter dem gestrichenen Passus hieß es aufschlussreich: „Das ist vermintes Gelände.“ Man scheute also vor allem ein mögliches negatives Medienecho. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass neben dem Themenfeld „Bildung“ der Komplex „Bürgerrechte und Datenschutz“ mit 16 Prozent die geringste Bedeutung für die Wählerschaft der AfD hat.

An den „Programm-Thesen der AG Innere Sicherheit“ haben allerdings gleich mehrere Landtagskandidaten, darunter mit dem jetzigen Landtagsabgeordneten Sebastian Wippel und Jens Kuprat zwei Polizeibeamte, mitgearbeitet. Auch Co-Autor Hendrik Seidel, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Mittelsachsen, ist Beamter. Der berufliche Hintergrund wird an dieser Stelle betont, da das Ergebnis ihrer Arbeit das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz erstmals zu einer öffentlichen Äußerung über die AfD veranlasste. Der Sprecher des Amtes, Martin Döring, stufte „Teile der Dokumente als verfassungswidrig ein“. „Radio Mephisto“ berichtete: „Bedenklich sei vor allem die Überlegung den deutschen Telekommunikationsverkehr zur Gefahrenabwehr abzuhören. Der Verfassungsschutz sieht eine Passage über eine stärkere Telefonüberwachung kritisch, weil darin das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angegriffen werde.“ und zitierte Döring wörtlich: „Nur in ganz engen Grenzen darf ja in dieses Grundrecht eingegriffen werden, und wenn Personenzusammenschlüsse meinen, dieses Recht spielt keine Rolle mehr, dann wird ein elementares Grundrecht, ein elementares Menschenrecht infrage gestellt.“‘ Derzeit sei die AfD allerdings noch nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes, so Döring. Würden diese Vorschläge aber weiter verfolgt werden, könnte die AfD unter Beobachtung fallen.[21] Auch der Vorstand der Leipziger Strafverteidiger e.V. meldete sich zum gleichen Thema mit einer mehrseitigen Stellungnahme zu Wort. Er sieht in den Forderungen der Positionspapiere „einen massiven Angriff auf den Rechtsstaat und die grundgesetzlich garantierten Rechte jedes Bürgers“ und einen „eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien des deutschen Strafrechts“.[22]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass zumindest in Sachsen die AfD alle Kriterien erfüllt, die nach wissenschaftlichen Standards erforderlich sind, sie in die Kategorie „extreme Rechte“ einzuordnen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass alle ihre Positionen undemokratisch sind. Das bedeutet ebenfalls nicht, dass alle ihre Mitglieder oder gar Wähler so einzuordnen sind. Allerdings haben Personen aus dem Landesvorstand, aus den Reihen der Landtagsabgeordneten, der Funktionäre und der Mitgliedschaft einen biografischen Vorlauf in Gruppierungen der extremen Rechten bis hin zu neonazistischen Organisationen. Der Wahlkampf zielte zu einem relevanten Teil auf bisherige Wählerinnen und Wähler der NPD. Die tatsächlich erreichte Wählerschaft ähnelt stark jener der REPublikaner in deren Erfolgsphase. Die Programmatik weist starke Überschneidungen bis hin zu passagenweisen Übereinstimmungen mit beispielsweise jener der NPD auf.

Es wird genau zu beobachten sein, in welche Richtung sich die programmatischen Tendenzen der AfD nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Thüringen und besonders in Brandenburg entwickeln. Es kann dann auch nicht bei der mehr oder weniger resignierten Feststellung bleiben, dass und wieviele Wählerinnen und Wähler von der LINKEN zur AfD gegangen sind. Es gilt vielmehr, diese Klientel, ihre soziale Zusammensetzung und ihre Positionen genauer zu untersuchen.

17.5.2014, Protest gg ProNRW in Bonn, Foto: K.R.

Ein Polizeikommissar mit grundgesetzwidrigen Positionen?

Görlitzer AfD-Landtagsabgeordneter fordert massiven Eingriff in Grundrechte

Seit Mai 2014 sitzt der 1982 geborene Polizeikommissar Sebastian Wippel für die AfD im Kreistag Görlitz. Am 31. August wurde er auch in den Sächsischen Landtag gewählt. Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Innere Sicherheit" der sächsischen AfD hat er Papiere mit zu verantworten, die als Grundlage für die Erstellung des Wahlprogrammes für die Landtagswahl erarbeitet wurden. Neben Wippel wurde das Papier u.a. von Jens Kuprat, ebenfalls Polizist, und dem ehemaligen Sicherheitsbeauftragten von Dynamo Dresden, Achim Exner, verfasst.[1]

Ein Teil dieser internen Papiere wurden veröffentlicht, AfD-Sprecher Julien Wiesemann bestätigte inzwischen die Echtheit der Dokumente. Unter anderem heißt es darin:

Nach Ansicht des Leipziger Strafverteidiger e.V. stellen vorbenannte Forderungen in den Positionspapieren einen massiven Angriff auf den Rechtsstaat und die grundgesetzlich garantierten Rechte jedes Bürgers dar. Sie stünden im eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien des deutschen Strafrechts, denn sie verlangten im Ergebnis eine Abkehr von der grundgesetzlich verbrieften Unschuldsvermutung sowie dem im deutschen Strafrecht vorherrschenden Schuldprinzip. Die Forderung, den deutschen Telekommunikationsverkehr zur Gefahrenabwehr abzuhören, bedeutet quasi eine Abschaffung des Grundrechtes auf informelle Selbstbestimmung als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz).[2]

Wenn sächsische Polizisten an der Erarbeitung verfassungswidriger Forderungen mitarbeiten, dann braucht sich niemand mehr über die „sächsische Demokratie" zu wundern. So kann „Sachsens Demokratie" mittlerweile als Synonym für Rechtsbeugungen und Eingriffe in die Bürgerrechte durch Ermittlungsbehörden, Demokratiedefizite der Landesregierung und ihrer Behörden, sowie Überwachung und Kontrolle von kritischer Zivilgesellschaft gesehen werden.

Jenseits der kurzlebigen Skandale um Mitglieder, Funktionäre und Kandidaten der AfD aus der extremen Rechten oder gar dem Neonazispektrum aber zeigt sich, dass es in der Partei insgesamt offenkundig ein strukturelles Problem gibt. Stellungnahmen gegen Grund- und Menschenrechte sind dort offenbar hoffähig. Wenn sie keinen Eingang in die öffentliche Programmatik der Partei finden, dann oft mit einer aufschlussreichen, ebenfalls bei Anonymus Österreich nachzulesenden Begründung: „Das ist vermintes Gelände." Will sagen: das kostet uns Wählerstimmen und wird deshalb verschwiegen.

Jens Thöricht ■

1 https://twitter.com/AnonAustria/status/506502328938426368/photo/1

2 http://www.leipziger-strafverteidiger.de/stellungnahmen/

Deutlich überdurchschnittlich wurde die AfD sowohl in Brandenburg wie auch in Thüringen von Männern gewählt. Das entspricht älteren Analysen zu Parteien der extremen Rechten.[23] In dieses Bild passt der Umstand, dass die Alterskohorten jüngerer Menschen in der AfD-Wählerschaft überproportional repräsentiert sind. Lediglich die Altersgruppe über 60 Jahren verhindert noch schlimmere Ergebnisse. Während Angestellte und Beamte nur leicht überdurchschnittlich AfD wählen, liegen eindeutige Schwerpunkte bei den Selbständigen und den Arbeitern. Wenn die AfD in Thüringen nach ersten Analysen[24] 16 000 bisherige Wähler_Innen der LINKEN für sich mobilisieren konnte und in Brandenburg mit 20 000 gewonnenen Stimmen sogar den größten Zufluss von allen anderen Parteien verzeichnen konnte, muss dies als geradezu dramatisch eingeschätzt werden. Es spricht auf jeden Fall dafür, dass sich diese Erfolgsserie in nächster Zeit verfestigen könnte.

Kerstin Köditz (Sprecherin für Antifaschistische Politik der Linksfraktion im sächsischen Landtag) / Volkmar Wölk

1 Christoph Giesa, „Der rechte Weg", www.theeuropean.de/christoph-giesa/ 8835-das-rechtsradikale-gesicht-der-afd#8835; 20.08.14

2 z.B. „Aktivisten mit Neonazi-Hintergrund in der Sachsen-AfD", http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/ 2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hinter grund-in-der-sachsen-afd_16971; 09.09.14

3 http://www.rbb-online.de/extra/landtagswahl-brandenburg-2014/beitraege/die-kandidaten-der-afd-brandenburg.html#; 07.09.14; vgl. auch K. Litschko, „Nach außen hui, innen pfui", TAZ v. 11.09.14

4 siehe den Beitrag „Alternative für Deutschland – Wie eine Partei immer stärker nach rechts kippt" in der Sendung „Monitor" v. 11.09.14, online verfügbar unter http://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/videoalternativefuerdeutschlandwieeinepartei immerstaerkernachrechtskippt100.html; Sendemanuskript unter http://www.wdr.de/tv/applications/daserste/monitor/pdf/2014/0911/manuskript-alternative-fuer-deutschland.pdf. Vgl. auch sein Interview „AfD als identitäre Kraft" für das „neu"rechte Online-Portal „Blaue Narzisse" (Teil I: www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft, Teil II: http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4824-afd-als-identitaere-kraft-ii); als kritische Analyse dieser relativ neuen Erscheinung: Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl, „Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa"; Münster: Unrast, 2104

5 http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Rassistisch-Vorwuerfe-gegen-Spitzenfrau-der-AfD,afd168.html

6 http://www.maz-online.de/Brandenburg/Landtagswahl-2014/Gauland-AfD-offen-fuer-fruehere-Rechtsextreme

7 Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Bundesvorstands am 18. Juli 2014 (Kassel), Anlage 5; online auf http://www.stesocom.de/; Beitrag v. 16.08.14: „AfD von Neo- Nazis durchtränkt!!!"

8 „Monitor", a.a,o.

9 Martina Tigges-Friedrichs, http://www1.wdr.de/themen/politik/afd218.html; 11.09.14

10 S. dazu u.a. „Plattform für Rechtsaußen-Kontake", „Blick nach rechts" v. 12.08.14; www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/plattform-f-r-rechtsau-en-kontakte

11 Benjamin Hoff/Horst Kahrs, Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlnachtbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, S.7.f.

12 http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-2115316.html; 04.06.2014

13 ebd.

14 ebd., S.7

15 http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/landtagswahlen-2014/interview-mit-alexander-gauland-die-npd-ist-zu-igittigitt-da-bleibt-nur-noch-die-afd/v_detail_tab_print/10674354.html; 10.09.14

16 http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/umfragen/id_70962832/forsa-chef-manfred-guellner-afd-waehler-sind-rechtspopulistisch-bis-rechtsradikal-.html; 10.09.14

17 Helmut Kellershohn, „Konservative Volkspartei", Junge Welt 06.09.2014, S.10. Online abrufbar unter http://www.jungewelt.de/2014/09-06/021.php

18 ebd.

19 Martin E. Renner, „Die programmatische Agenda und politische Vision der AfD"; http://www.blu-news.org/2014/09/10/die-programmatische-agenda-und-politische-vision-der-afd/; 10.09.14

20 online unter https://twitter.com/AnonAustria

21 http://mephisto976.de/news/45206; 04.09.14

22 Stellungnahme der Leipziger Strafverteidiger e.V. v. 08.09.14; http://www.leipziger-strafverteidiger.de/stellungnahmen/

23 Vgl. z.B. Joachim Hofmann-Göttig, Die neue Rechte: die Männerparteien; Bonn: Demokratische Gemeinde, 1989

24 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/waehlerwanderung-in-thueringen-und-brandenburg-afd-wildert-bei-allen-a-990951.html

Aus Anlass des 20. Jahrestages des sog. PKK-Verbotes hat der Rechtshilfefonds AZADÎ e.V. eine (kostenlos oder gg. Spende erhältliche) Broschüre mit dem Titel „20 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz" herausgegeben. In ihr werden Repressionen gegen Kurdinnen und Kurden und ihre Institutionen dokumentiert, ohne jedoch den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können. Es war uns aber wichtig, zumindest einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Folgen es haben kann, sich aktiv für die legitimen kurdischen Interessen einzusetzen.
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/
azadi@t-online.de

Ablauf:11:30 – 13:00Uhr Auftaktkundgebung
Marktplatz Kalkar
13:00 – 14:00Uhr Demonstrationzur von Seydlitz-Kaserne
14:00 – 15:30Uhr Abschlusskundgebung vor der Kaserne

Verhaftung eines vermeintlichen PKK-Mitglieds ist ein falsches und fatales Signal

Es ist ein fatales Signal, dass die Bundesanwaltschaft (BAW) ein mutmaßliches Mitglied der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu einem Zeitpunkt in der Bundesrepublik verhaften ließ, an dem PKK-Einheiten im Mittleren Osten in der direkten Auseinandersetzung mit den Terrorbanden des Islamischen Staates IS kämpfen und zehntausende Flüchtlinge gerettet haben.

Der 45-Jährige Mehmet D. wurde bereits vergangenen Freitag verhaftet. Er sei dringend verdächtig, sich unter dem Codenamen Kahraman als Mitglied an der „ausländischen terroristischen Vereinigung PKK gemäß § 129b beteiligt zu haben". Er wurde am 29. August 2014 dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt, der Untersuchungshaft anordnete. Mehmet D. soll von Januar bis Sommer 2013 Verantwortlicher der PKK für die Regionen Duisburg, Köln Bielefeld und Dortmund und danach für die Region Nord (Bremen, Hamburg, Kiel, Berlin und Sachsen) gewesen sein.

Während seitens PolitikerInnen aller Fraktionen und in Medien, wie u.a. der FAZ, Frontal 21, Spiegel Online oder der Tageszeitung (taz), mit größtenteils vernünftigen Argumenten über eine Aufhebung des PKK-Verbots in der Bundesrepublik und die Streichung der kurdischen Organisation von der ohnehin fragwürdigen EU-Terrorliste diskutiert wird, hält die BAW an alten Feindbildern und unhaltbaren Vorwürfen fest. In bisherigen Prozessen nach § 129b gegen vermeintliche Gebietsverantwortliche wurden Vorwürfe wie der Transport von Grillwagen von einem Ort zum Anderen , der Aufruf zu Demonstrationen oder die Konfliktlösung innerkurdischer Streitigkeiten als Beweise zu Ungunsten der Angeklagten ausgelegt. Auch ein Experten zufolge vollkommen abwegiges Konstrukt wurde immer wieder bemüht, um die Beschuldigen zu verurteilen: Die unabhängige Stadtguerilla TAK – die im Westen der Türkei vor einigen Jahren Anschläge verübte – sei eine Untergruppe der PKK, heißt es in den bisherigen Urteilen. Beweise dafür wurden in den Verfahren nicht präsentiert.

„Die Festnahme des vermeintlichen PKK-Verantwortlichen Mehmet D. ist zu diesem Zeitpunkt ein besonders fatales Signal. Die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Einheit PYD und die PKK sind diejenigen Kräfte, die die Eziden und weitere Bevölkerungsgruppen im Nordirak und Syrien am effektivsten vor den Massakern der Gruppe Islamischer Staat (IS) schützen. Anstatt die PKK weiter zu kriminalisieren, muss sofort deren Verbot in Deutschland aufgehoben und die PKK von der EU-Terrorliste gestrichen werden", fordert Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestags, DIE LINKE.

„Ich frage mich, was zehntausende Flüchtlinge aus Sengal denken, wenn sie von dieser Verhaftung erfahren. Menschen zu verhaften, die vermeintlich der PKK angehören, die sich den mordenden Dschihadisten im Mittleren Osten erfolgreich entgegenstellt und zehntausenden EzidInnen und ChristInnen das Leben rettet, während die IS in Europa weiter offen auftreten und Mitläufer für ihren menschenfeindlichen Krieg rekrutieren kann, ist schon besonders zynisch," kommentiert Martin Dolzer, Soziologe und Menschenrechtler.

„Ein Umdenken bezüglich der Bewertung der PKK ist jetzt notwendig. Seit Jahren orientiert die Organisation auf Frieden und eine demokratische Entwicklung des Mittleren Ostens. Die Vorurteile der BAW sind unhaltbar, die Festnahme von Mehmet D. ist absolut kontraproduktiv. Sämtliche gemäß § 129b inhaftierten Kurdinnen und Kurden sollten sofort freigelassen, die PKK entkriminalisiert und von der ohnehin fragwürdigen EU-Terrorliste gestrichen werden", betont der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, DIE LINKE.

Die PKK setzt sich intensiv für die Gleichberechtigung der Frauen und ein respektvolles Zusammenleben aller Menschen ein. Es wird Zeit die Organisation endlich als Dialogpartner zu sehen, anstatt als Feind. Das würde auch die Integration der kurdischen MigrantInnen in die bundesdeutsche Gesellschaft erleichtern", skizziert, Hamide Akbayir, Stadträtin in Köln, DIE LINKE.

Andrej Hunko, Mitglied des Bundestags und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, DIE LINKE • Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestags, DIE LINKE • Cansu Özdemir, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, DIE LINKE • Hamide Akbayir, Stadträtin Köln, DIE LINKE • Marion Padua, Stadträtin Nürnberg, Linke Liste • Britta Eder, Rechtsanwältin • Martin Dolzer, Menschenrechtler und Soziologe • Yilmaz Kaba, Vorstandsmitglied der Föderation der Ezidischen Vereine e.V. • Bundesarbeitskreis „Demokratie in der Türkei, Frieden in Kurdistan" BAK-DTFK, DIE LINKE

Marine Le Pen wähnt sich im Anmarsch auf die politische Macht

Neofaschistische extreme Rechte profitiert massiv von der Schandbilanz des „Sozialdemokraten" François Hollande und seiner Flaschensammlung. Und macht Stimmung wegen der Aussetzung von Rüstungslieferungen an Russlands Machthaber, im Zusammenhang mit dem Ukrainekonflikt. Unterdessen nehmen jedoch die Probleme in mindestens einem der vom Front National regierten Rathäuser, in Hayange (Lothringen), massiv zu. Dem dortigen Bürgermeister Fabien Engelmann stehen ernsthafte Schwierigkeiten ins Haus

Es ist in der Sache kein Wunder, aber vom Ausmaß her erstaunt es dann doch. Das Vertrauen der französischen Stimmbevölkerung in Präsident François Hollande ist auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. (Vgl. dazu vom Autor dieser Zeilen: http://www.trend.infopartisan.net/trd0914/t560914.html) Kurz vor der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung vom 16. September über das „Vertrauen" in den alt-neuen Premierminister Manuel Valls – nach der Regierungsumbildung von Ende August wurde der ganz rechte Sozialdemokrat erneut zum Regierungschef bestellt – und der geplanten Ansprache Präsident Hollandes am 18. September 2014 deutet nichts, aber auch gar nichts auf eine Besserung der Lage hin. Die Pariser Abendzeitung Le Monde, welche dem politischen Lager François Hollandes nahe steht, spricht in ihrer Ausgabe vom Donnerstag Abend (11.09.'14) von „Tagen der Dämmerung im Elyséepalast" und sieht die politische Nacht über ihren ehemaligen vermeintlichen Hoffnungsträger hereinbrechen.

Tatsache ist, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik des – räusper, räusper, hust – „Sozialisten" sich aus Sicht der Lohnabhängigen bislang ungefähr so nützlich ausfiel (und ausfällt) wie ein Furunkel am Hintern, oder ein paar prächtige Hämorrhoiden. Seine Bilanz auf diesem Gebiet gestaltet sich nach einer knappen Hälfte seiner fünfjährigen Amtszeit in einer Art und Weise, dass Hollande ausnahmsweise sogar rot werden, nämlich vor Scham rot anlaufen könnte. Laut einer Umfrage, die am gestrigen Donnerstag, den 11. September d. J. publik wurden, wünschen übrigens 62 Prozent der befragten Franzosen & Französinnen seinen Abtritt mitten in der Amtsperiode.

So weit, so gut oder jedenfalls gut nachvollziehbar, was die Reaktion der Wahlbevölkerung betrifft. Das Schlimme liegt jedoch woanders. Hauptnutznießerin des Vertrauensverlusts in den sozialdemokratischen Amtsinhaber scheint nämlich die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen zu sein. Laut Zahlen, die am vergangenen Wochenende des 6./7. September 2014 im Figaro Magazine erschienen, würde die Chefin des Front National (FN) zur Zeit in jeder Konstellation – egal also, wer ihre gewichtigsten Mitbewerber wären – im ersten Durchgang einer Präsidentschaftswahl auf dem ersten Platz landen. Dabei könnte sie rund 26 Prozent der Stimmen erwarten. Im zweiten Wahlgang würde sie allerdings in den meisten Fällen verlieren. Außer, falls sie je dem bisherigen Präsidenten Hollande in der Stichwahl gegenüber stünde – der allerdings nach den vorliegenden Zahlen nicht in die zweite Runde einziehen würde -, denn dann würde sie mit 54 Prozent gewinnen. Über vier Fünftel jener Wählerinnen und Wähler, die 2012 für den konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy stimmten, erklären sich bereit, in dieser Hypothese für Marine Le Pen zu stimmen.

Mit einem protektionistisch und betont „sozial" klingenden Diskurs versucht die Rechtsextreme, maximalen Nutzen aus dem Widerspruch zwischen François Hollandes Wahlkampfinhalten vor zwei Jahren – sowie den in ihn gesetzten Erwartungen einerseits –, und der ausgesprochen wirtschaftsliberalen „Realpolitik" andererseits zu ziehen. Aber auch Marine Le Pen sieht sich Widersprüchen ausgesetzt. So folgt die öffentliche Meinung ihr im Augenblick bei einigen Themen, doch diese Unterstützung hinkt dabei auf anderen Themenfeldern stark hinterher. So erklärten sich bei einer Befragung, deren Ergebnisse am 30. August d. J. veröffentlicht wurden, insgesamt 34 Prozent der Teilnehmer „oft einverstanden mit Marine Le Pen". Aber nur 14 Prozent folgen ihr demnach beim Thema Euro-Ausstieg. Hingegen erklären sich 54 Prozent mit ihr zur „Inneren Sicherheit", und 47 Prozent beim Thema „Laizität" – also Trennung von Religion und Staat, ein Thema, das die FN-Vorsitzende quasi ausschließlich als „Muslimproblem" aufgreift – global einverstanden.

Ein weiteres Problem für die Parteichefin des Front National wäre die ausgesprochen dünne Personaldecke der extremen Rechten, was jedenfalls qualifizierte Führungskräfte betrifft. Seit Ende August forderte sie wiederholt lautstark eine Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen, da die derzeit amtierende Regierung das Vertrauen der Wahlbevölkerung verloren habe. In einem solchen Falle, behauptete Marine Le Pen, sei sie bereit zu regieren: Sie malte etwa in einem langen Interview mit Le Monde aus, wie sie als Premierministerin im Rahmen einer Kohabition – eines Nebeneinanders von Premier und Staatspräsident aus unterschiedlichen politischen Lagern – mit François Hollande regieren würde. Präsident Hollande wäre demnach noch „für die Einweihung von Blumentöpfen und für Gedenkfeiern" zuständig.

Doch in Wirklichkeit wäre der FN im derzeitigen Zustand unfähig, Regierungsposten – von der Ministerebene über Berater bis hin zu den hohen Beamten – in größerer Zahl zu besetzen. Auch wenn die Partei sich seit den Kommunalwahlen vom März bemüht, ihre nun über 1000 örtlichen Mandatsträger durch Fortbildungen zu administrativen, juristischen und wirtschaftlichen Themen zu qualifizieren. Auch hat die rechtsextreme Partei derzeit jedenfalls in einigen der von ihr regierten elf Städten erhebliche Mühen.

Klumpatsch in Hayange

In der früheren Arbeiterstadt Hayange in Lothringen, die durch die Stahlkrise gebeutelt wurde, regiert seit März der 35jährige Bürgermeister Fabien Engelmann vom FN, ein aggressiver kleiner Id(…)t. Ihm droht nun die Amtsenthebung. Seit einigen Wochen spitzt sich die Krise mit seiner früheren ersten Beisitzerin Marie Da Silva, einer ehemaligen Gewerkschafterin und Journalistin, zu. Letztere wirft ihm autoritäre, alleinherrliche Amtsführung vor. Am 3. September wurden ihr in einer Abstimmung vom Kommunalparlament alle Vollmachten entzogen. Aber vieles deutet dabei auf Wahlbetrug hin.

Engelmann scheint die Unterstützung von Marine Le Pen verloren zu haben, beispielsweise war er im Gegensatz zu anderen Parteikadern nicht zur „Sommeruniversität" der Parteijugend FNJ am 6/7. September 2014 in der ebenfalls FN-regierten Stadt Fréjus an der Côte d'Azur eingeladen. Und viele in der Partei finden inzwischen, dass der in mehreren Interviews geäußerte muslimfeindliche Fanatismus Fabien Engelmanns allmählich zu

HINWEIS

Die beiden Artikel „Französische Rechtsextreme zum neuen Nahostkonflikt" in AN Nr. 16/2014 und 17/2014 waren in der Papierausgabe versehentlich nicht gekennzeichnet. Beide Artikel stammen von unserem Frankreichkorrespondenten Bernard Schmid.

viel des Guten wird. Engelmann, ein früherer Angehöriger der radikalen Linken – er war sechs Jahre lang u.a. bei der traditionsmarxistisch-trotzkistischen Kleinpartei Lutte Ouvrière (LO, „Arbeiterkampf“) sowie bei der Gewerkschaft CGT aktiv, Letztere schloss ihn 2011 aufgrund rechtsextremer Betätigung aus –, geriet ab dem Jahr 2010 unter den Einfluss der Sekte Riposte Laïque (*RL, ungefähr: „Die Laizisten schlagen zurück“*). Diese radikal muslimfeindliche Spinnersekte, die ebenfalls durch einen früheren Linken und sogar Ex-Linksradikalen in Gestalt von Pierre Cassen angeführt wird, besteht aus einer gleichnamigen Internetpublikation sowie einer Vorfeld-“Bürgerinitiative“ unter dem Namen Résistance Républicaine *(RR, „Republikanischer Widerstand“)*. Aufgrund des eher geringen Realitätssinns dieser Sekte finden mittlerweile auch einige Parteigänger des FN, dass Engelmann es mit seinem Engagement dort übertreibt.

Letzterer lässt sich unterdessen bislang nicht beirren. Am Sonntag, den 14. September 2014 organisierte er ein „Fest des Schweins“ (*sic, im Original: fête du cochon*) in „seiner“ Stadt. Auf einem öffentlichen Platz in Steinwurfweite vom Rathaus – zum Steinewerfen wäre es praktisch gewesen… – war eine Tribüne aufgebaut, wo der bekennende Vegetarier Engelmann eine Ode auf die Sau im Allgemeinen und das Schweinefleisch im Besonderen verlas. Letzteres konnte man dann auch ganz in der Nähe in zahlreichen Formen verköstigen. „Unser Vetter“ (sic), das Schwein, wurde vom Bürgermeister als Bestandteil „unseres Kulturerbes“ vorgestellt, und es verleihe – fuhr Fabien Engelmann fort – „uns Wurzeln, die dermaßen vielen jungen Leuten fehlen/abgehen“. Die im Hintergrund des ganzen Gedöns‘ stehende Konzeption ist denkbar prosaisch und lässt sich einfach zusammenfassen: Da weder moslemische noch jüdische Menschen Schweinefleisch essen, wird das arme Vieh in der rassistischen extremen Rechten als Identitätsmarkierer eingesetzt. (Was sagt eigentlich der Tierschutz dazu?) Die Sekte Riposte Laïque hielt vor diesem Hintergrund beispielsweise im Sommer 2010 so genannte „Aperitifs mit Wein und Schwein“ unter freiem Himmel ab – die Hauptsache war dabei allein, ohne Muslime auszukommen.

An dem ideologisch unterfütterten Fressfest nahmen auch rund zwanzig gewaltbereite Neofaschisten teil, bekleidet mit T-Shirts, die vom Keltenkreuz und/oder Aufschriften der faschistisch-antisemitischen Sekte L’Oeuvre française (eine im November 1968 gegründete Splittergruppierung, ihr gehörten etwa die Mörder des am 1. Mai 1995 am Rande des FN-Aufmarschs in Paris getöteten Marokkaners Brahim Bouarram an) ver„ziert“ respektive verunstaltet wurden. Auch Riposte Laïque-Sektenchef Pierre Cassen war persönlich mit von der Partie, und dazu wohl extra aus Paris angereist[1].

Mobilisierung für Rüstungsexport – und Russlands Machthaberinteressen

Auf einem anderen Blatt steht eine weiter Mobilisierung, die der FN unterdessen mit einigem Erfolg oder jedenfalls Aufsehen betreibt. Am Mittwoch, den 3. September 2014 verkündete der Elysée-palast (Amtssitz des französischen Präsidenten), dass ein größerer Rüstungsexport, nämlich die geplante Auslieferung von zwei Hubschrauberträgern vom Typ ‚Mistral‘ an das regierende Regime in Russland, vorläufig ausgesetzt werde. Dies gelte bis zu einer „politischen Lösung“ in der Ostukraine, wo faktisch gleichermaßen ukrainische wie russische Söldner, Neofaschisten und Ultranationalisten – im staatlichen Auftrag und/oder auf eigene Faust – auf beiden Seiten mitmischen.

Auf den Werften im westfranzösischen Saint-Nazaire, wo die beiden Ungetüme gebaut wurden/werden, sorgt dies für einen gewissen Unmut. Denn eine Reihe von Mitarbeiter/inne/n verteidigen ebenso wie manche Gewerkschaften, etwa die politisch schillernde Gewerkschaft Force Ouvrière/FO, mehr oder minder blind „die Arbeitsplätze“ (ein Problem, auf das sich ja auch durch Konzepte für Rüstungskonversion zugunsten ziviler Produkte reagieren ließe).

Marine Le Pen, welche politisch den aktuellen russischen Machthabern ausgesprochen nahe steht – am 12. April 2014 wurde sie in den Räumlichkeiten der Duma vom Parlamentspräsidenten Sergej Naryschkin wie ein hoher Staatsgast empfangen, und der Mann gratulierte ihr zum Abschneiden ihrer Partei bei den Kommunalwahlen von Ende März –, nutzt diese Situation aus. Lautstark rührt sie die Trommel gegen diese vorläufige Aussetzung der Rüstungslieferung, welche „das Vertrauen auf Frankreichs gegebenes Wort in der Welt“ ankratze[2]. (Auch manche Politiker der französischen „Linksfront“ – ungefähr vergleichbar mit DIE LINKE in Deutschland – kritisierten diesen „Bruch französischer Versprechen“. Und setzten sich für Russlands Machthaber in einer Art und Weise ein, wie sie es vor 25 Jahren in Zeiten der Systemkonkurrenz getan hätten; nur, dass sie anscheinend noch nicht mitbekamen, dass Russland heute nicht mal mehr in Anführungszeichen von „Kommunisten“ regiert wird…).

Dabei scheint es der FN auch geschafft zu haben, im Rahmen eines Kollektivs unter dem Titel Mistral Gagnons – neben Anhängern des bürgerlichen Nationalisten und EU-Kritikers Nicolas Dupont-Aignan – auch Mitarbeiter/innen der Werften und ihrer Subunternehmen anzuziehen. Dieses veranstaltete am Sonntag, den 7. September eine Demonstration in Saint-Nazaire[3]. Der Bemühung von Marine Le Pen um soziale Demagogie kann dies nur nutzen.

Bernard Schmid, Paris

1 Vgl. Fotos von der Sause unter freiem Himmel bei: http://www.lexpress.fr/actualite/politique/fn/dulard-et-du-cochon-a-la-fete-du-maire-fn-de-hayange_1575845.html

2 Vgl. auch http://www.letelegramme.fr/economie/mistral-le-pen-c-est-une-decision-tres-grave-04-09-2014-10324921.php?xtor=EPR-3-[quotidien]-20140904-[detailarticle]

3 Vgl. dazu http://canempechepasnicolas.overblog.com/article-deux-manifs-a-saint-nazaire-ou-sont-les-communistes-124549953.html – Vorsicht: Bei der Quelle handelt es sich um eine neostalinistische Webseite, die auch Russlands aktuell (nicht „kommunistische“) Machthaber weitestgehend kritiklos verteidigt.

Calais: Rassistische Hassdemonstration und Positionierung der Bürgermeisterin gegen Migrant/inn/en am Ärmelkanal

Die Crème de la crème, oder eher: der Abschaum des Abschaums? In jedem Falle ist es eine Art Ansammlung der Superlative, welche die französische extreme Rechte am Sonntag, den 07. September 14 in Calais auf die Straße brachten.

Den Anlass respektive Vorwand lieferte die Situation in der nord(ost)-französischen Stadt, wo seit Jahren eine Art Nadelöhr für Migrant/inn/en, die auf die britischen Inseln überzusetzen versuchen oder jedenfalls von einer Ankunft in England träumen, entstanden ist. Die Behörden sorgen einerseits durch wiederholte polizeiliche „Säuberungs“aktionen und Zwangsräumungen dafür, dass sich der Eindruck, diese Menschen stellten ein vordringliches und brennendes „Problem“ dar, allgemein noch verstärkt wird. Andererseits sorgen die diversen behördlichen Schikanen nicht dafür, dass sich die Lage vor Ort durch eine Abnahme der Konzentration vieler Migranten auf engem Raum entspannen würde: Zwar wer-

Asylbewerber: Kommunen – Länder sollen mehr bezahlen

Die Kommunen fordern angesichts der steigenden Asylantragszahlen mehr Unterstützung durch die Länder. „Wir wollen den Menschen helfen und sie ordentlich betreuen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus.

Ohne zusätzliche Hilfe der Länder sei das aber kaum zu bewältigen. „Wir haben große Belastungen zu tragen.“ Im ersten Halbjahr 2014 stellten rund 77 000 Menschen einen Asylantrag. Das sind etwa 60 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit 200 000 Anträgen. In Bayern bekämen die Kommunen rund 80 Prozent, in Schleswig-Holstein 70 Prozent ihrer Ausgaben für Asylbewerber vom Land erstattet. Manche Städte in Nordrhein-Westfalen bekämen dagegen nur 20 Prozent, so Articus. Hamburg hat unterdessen gefordert, den Königsteiner Schlüssel zur Verteilung von Asylbewerbern zu verändern. Großstädte mit angespanntem Wohnungsmarkt sollten entlastet werden, dünner besiedelte Regionen dafür mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Quelle: Publikation „Forum Migration September 2014„ ■

The Voice Refugee Forum – 20 Jahre Widerstand

1. bis 5. Oktober in Jena: 20 Jahre The Voice Refugee Forum – 20 Jahre Widerstand von Flüchtlingen in Deutschland

Anfang August und Anfang September gab es zwei Vorbereitungstreffen, das Programm ist vorbereitet: Anfang Oktober wird The Voice 20 Jahre alt, Ausdruck einer beachtlichen Kontinuität dieser ältesten Flüchtlingsselbstorganisation. „Gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung“ lautet das Motto der Jubiläumstage mit Konferenz und Aktionen in Jena, siehe http://thevoiceforum.org/

„750 X 20€ für den 20. Jahrestag von The VOICE Refugee Forum: Spenden-

---

den die Menschen wiederholt von ihren Unterkünften an Ort und Stelle zwangsweise entfernt, und ihr Hab und Gut wird zerstört, doch mangels anderer Perspektiven kommen sie fast zwangsläufig immer wieder zurück. (Vgl. dazu unseren Hintergrundartikel vom Juli 2014: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/index.php?id=6431&tx_ttnews[tt_news]=11382&tx_ttnews[backPid]=6391)

Rassisten und offene Nazifreunde versuchten sich diese objektive Ausgangssituation nun zunutze zu machen, um ihre offene Hasspropaganda über die Region auszuschütten. Aufrufer der Demonstration vom 07.09.2014 war das Kollektiv Sauvons Calais – „Retten wir Calais“ -, das bereits im April dieses Jahres durch Aufmarschversuche von sich reden machte. Anführer der Gruppierung ist ein junger Mann namens Kévin Rèche, in dessen Haut ein Hakenkreuz eintätowiert wurde.

Neben dieser örtlichen Gruppierung riefen dieses Mal auch mehrere Parteien und Formationen der extremen Rechten zu der Kundgebung auf. Es handelt sich um Gruppen der außerparlamentarischen faschistischen Rechten, die „jenseits“ des Front National – als stärkster Wahlpartei dieses Spektrums – stehen und diesen als „viel zu schlapp“ erachten. Aufrufer waren insbesondere:

• der Parti de la France (PdF, „Partei Frankreichs“) von Carl Lang, früherer Generalsekretär des FN, eine Rechtsabspaltung der Le Pen-Partei, gegründet im Februar 2009;

• der Mouvement national républicain (MNR, „National-republikanische Bewegung“), eine ebenfalls durch eine Abspaltung vom FN im Jahr 1999 entstandene Kleinpartei;

• die seit November 1968 bestehende, faschistisch-antisemitische Kleinpartei L’Oeuvre française („Das Französische Werk“), von ihrer Gründung bis im Januar 2012 von Pierre Sidos angeführt und seit diesem Datum durch Yvan Benedetti, den der FN im Juni 2011 u.a. wegen des Anspruchs „Ich bin Antizionist, Antisemit und Antijude“ von seinen Mitgliedsrechte suspendiert hatte;

• und das Réseau Identitaire („Identitäre Netzwerk“) von Richard Roudier, eine der Unterorganisationen der außerparlamentarisch-aktivistischen „identitären Bewegung“.

Rund 250 bis 300 Personen kamen zu dieser Kundgebung, die unter dem Titel „Gegen die Invasion“ angekündigt worden waren. Dabei waren u.a. auch offen zur Schau gestellte Hitlergrüße – auch nach französischem Recht strafbar – zu sehen, wie verschiedene Aufnahmen zeigen1. In seiner Ansprache wetterte Thomas Joly, der junge (knapp vierzigjährige) Generalsekretär des PdF, u.a. gegen „dieses Gesocks, das gekommen ist, um Europa zu kolonisieren und zu plündern“ und „für das wir nur eine Antwort parat haben: Raus!“ Und der für seinen Jähzorn bekannte Yvan Benedetti donnerte mit hassverzerrtem Gesicht: „Organisiert Euch nach Stadtteilen!“, um in nur unzulänglich verhohlenen Worten zur Organisierung von militanten Bürgerwehren und zur Gewalt zwecks „Abwehr“ von Migranten aufzurufen2. Dazu befinden sich derzeit Strafanzeigen bei antirassistischen Organisationen in Vorbereitung. Trotz Aufforderung hat hingegen die Staatsanwaltschaft bislang nicht, oder nicht dass es bekannt wäre, Ermittlungen auf eigene Initiative hin eingeleitet.

Auch circa 60 Gegendemonstrant/inn/en kamen am selben Sonntag an Ort und Stelle zusammen; sie wurden durch die Presseberichte (v.a. bei RTL) pauschal als „schwarzgekleidete Antifaschisten“ in einen Topf geworfen. In Wirklichkeit war die Gegenmobilisierung durchaus heterogener zusammengesetzt.

Auf einer anderen Ebene hat sich die amtierende UMP-Bürgermeisterin von Calais, Nathacha Bouchard, in – sagen wir – provokanter Weise zum Thema Migranten in „ihrer“ Stadt geäußert. Am Samstag, den 23. August 14 erschien ihr Interview in der Regionalzeitung La Voix du Nord, in welchem sie eine rhetorische Frage aufwirft: „Was machen wir mit diesen Leuten? Bringen wir sie um, ertränken wir sie?“ Dies war natürlich nicht wirklich wörtlich als Aufforderung gemeint; vielmehr wollte sie zu verstehen geben, dass – da an solche „radikalen“ Lösungen, natürlich natürlich, nicht zu denken sei – die Regierung endlich einschreiten müsse, um etwas für ihre Stadt und gegen die laut ihrer Darstellung übermäßige Migrantenpräsenz zu tun. Im aktuellen Meinungsklima ist nur zu befürchten, dass manche aufgeheizten Individuen diese Worte der Bürgermeister dennoch sehr ernst, und wörtlich, nehmen könnten…

Anfang September d.J. drohte die Amtsinhaberin im Rathaus von Calais auch schon einmal damit, den Hafen ihrer Stadt zu blockieren, falls die Regierung nicht im entsprechenden Sinne handele3. Unterdessen erklärte der britische Innenminister James Brokenshire am Sonntag, den 7. September (dem Tag der neofaschistischen Demo in Calais) seine Bereitschaft, der französischen Stadt Sicherheits-Stacheldraht zu schenken, um die unerwünschten – und hauptsächlich nach England strebenden – Migranten von ihr fernzuhalten. Draht vom selben Typ, wie er soeben zum Schutz des NATO-Gipfels in Newport/Wales eingesetzt worden war.

Bernard Schmid, Paris

1 Vgl. u.a. http://www.rtl.fr/actu/societe-faits-divers/calais-derapages-nazis-lors-d-un-rassemblement-anti-migrants-7774167328/ (und www.ajib.fr/2014/09/calais-rassemblement-raciste-et-derapages-neo-nazis/) sowie

2 Vgl. zu der Kundgebung auch: www.canalplus.fr/c-divertissement/c-le-grand-journal/pid5411-le-replay.html? progid=1123192 und www.dailymotion.com/video/ x25h2p7_rassemblement-contre-l-invasion-migratoire-a-calais-7-septembre-2014_news

3 Vgl. www.lemonde.fr/societe/article/2014/09/03/migrants-la-maire-de-calais-menace-de-bloquer-le-port-sans-geste-fort-des-britanniques_4480721_3224.html

aufruf für finanzielle Autonomie – keine Anträge, aber ein Beitrag von allen, die Teil der Bewegung sind oder mit ihr sympathisieren."

Der Spendenaufruf zur Beteiligung an der Finanzierung und der Unterstützung durch Material und Logistik für den Transport der Flüchtlinge zu den Jubiläumsveranstaltungen. „Dein Geburtstagsgeschenk für 20 Jahre The VOICE" – Bitte verbreitet den Spendenaufruf!

http://www.thevoiceforum.org/node/3701 Förderverein The VOICE e.V.
Sparkasse Göttingen, Kontonummer: 127829, BLZ: 260 500 01
IBAN: DE97 2605 0001 0000 1278 29, BIC: NOLADE21GOE, Stichwort: 20yrs
Quelle: Kompass AntiRa Newsletter September 2014 ■

Menschenwürdige Aufnahme von Asylsuchenden muss gesichert werden

Die chaotischen Zustände bei der Aufnahme neuer Asylsuchender in Berlin und Bayern verletzen die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Damit muss endlich Schluss sein, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Schließung der Zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Berlin. Jelpke weiter:

Dass den Unionsinnenministern der Länder bei ihrem Treffen in Weimar nicht mehr einfällt, als über Verschärfungen des Asyl- und Abschiebungsrechts nachzudenken, ist ein weiteres Symptom einer vollkommen verfehlten Politik. Seit Jahren steigen die Asylbewerberzahlen in Deutschland. Ein Ende von Krieg und Unterdrückung in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge – in Syrien, Somalia, Eritrea und Afghanistan – ist nicht absehbar. Darauf hätte schon viel früher mit dem Ausbau von Aufnahmekapazitäten reagiert werden müssen.

Auf diese komplexe Problemlage mit der Forderung nach verschärfter Abschiebepolitik zu reagieren, ist realitätsblind und getragen von ideologischen Abwehrreflexen gegen Flüchtlinge. Dieser Politik erteilen wir eine klare Absage.

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 04.09.2014 ■

Benachteiligung von Flüchtlingskindern beenden

Die Aufnahme von Flüchtlingskindern muss verbessert werden, um ihnen einen guten Start in ein neues Leben zu ermöglichen", fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, als Reaktion auf die Studie „In erster Linie Kinder", die das UN-Kinderhilfswerk UNICEF heute vorgestellt hat. Die Abgeordnete weiter:

Etwa ein Drittel der Asylsuchenden in Deutschland sind Kinder. Von den Einschränkungen, denen Flüchtlinge durch das Asylbewerberleistungsgesetz unterworfen sind, sind sie in besonderer Weise betroffen. Dazu gehören die Unterbringung in großen Sammelunterkünften statt in Wohnungen, die Beschränkung medizinischer Hilfe auf Notfälle und die Versorgung mit Lebensmittelpaketen statt mit Bargeld. Weder in der Gesetzgebung noch im Handeln der zuständigen Behörden wird das Kindeswohl angemessen berücksichtigt.

Doch es reicht nicht, für Kinder einzelne Verbesserungen einzuführen. Kinder besserzustellen, ändert nichts am generell diskriminierenden Umgang mit Asylsuchenden und Geduldeten in Deutschland. DIE LINKE wird sich weiterhin für die Abschaffung diskriminierende Sondergesetze gegen schutzsuchende Menschen einsetzen.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 9.9.2014 ■

Bundesweites Treffen zu EU-Arbeitsmigration

20. und 21.9.2014 in München: Bundesweites Treffen zu EU-Arbeitsmigration

Aus der Einladung: „ … bei dem Workshop zu „Migration aus Bulgarien und Rumänien" auf der 'noborder lasts forever' – Konferenz im Februar 2014 haben wir vereinbart, dieses Jahr noch ein bundesweites Treffen zum Thema „EU-Arbeitsmigration" zu veranstalten. … Ziel ist es zum einen, Erfahrungen auszutauschen zu Interventionsmöglichkeiten gegen die rassistische Hetze zur sogenannten „Armutszuwanderung", gegen Ausgrenzung von sozialen Leistungen, öffentlichem Raum und Wohnraum, gegen Arbeitsausbeutung und Prekarisierung. Zum anderen wollen wir auch langfristig Netzwerke und Kampagnen starten.

Wir schlagen also für's erste folgende Themen vor:

- ► Erfahrungsaustausch von (selbstorganisierten) Kämpfen um Wohnraum, Freiraum, soziale Rechte, faire Arbeit
- ► Interventionsmöglichkeiten in die sogenannte „Debatte" zu „Armustzuwanderung" und ihren leistungsideologischen Konsens
- ► Möglichkeiten des legal activism (zB in Hinsicht auf den Zugang zu Hartz-IV, Notunterkünfte, Anmeldungen, Kindergeld,..)
- ► Planung einer translokalen Kampagne …"

Initiative Zivilcourage,
http://inizivi.antira.info/

Kompass –Antira-Newsletter September 2014 ■

Sichere Herkunftsländer?

Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma

Am 19. September wird im Bundesrat über eine Änderung des Asylgesetzes entschieden, die unter anderem Serbien, Bosnien Herzegowina und Mazedonien zu sogenannten „sicheren" Herkunftsländern machen möchte.

Wir haben in den vergangen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt – und auch keine Perspektive darauf. Aus humanitären und politischen Gründen sollte den Menschen Schutz vor Ausgrenzung, Verfolgung und sozialer Not geboten werden.

Die Gesetzesänderung feuert hier wie dort Stimmen gegen „Sozialschmarotzer" an. Dabei wäre grade das Gegenteil notwendig: den Menschen, die hierher geflohen sind und fliehen, die zum Teil schon seit Jahren hier leben oder sich aktuell auf die Suche nach einem menschenwürdiges Leben machen genau diese Perspektiven zu bieten.

Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung und einen Stopp der Politik, die rassistischer Hetze Vorschub gibt.

Gerade in Deutschland sollte die Rede von historischer Verantwortung ernst genommen werden – was bedeuten würde denjenigen, die strukturell ausgeschlossen und benachteiligt werden Chancen zu geben anstatt den Ausschluss zu wiederholen und immer weiter zu zementieren.

Quelle: Bundes Roma Verband e. V. 9.9.2014 ■

Vor dem Aus – oder vor dem Ausbau?: Abschiebehaft

Die Praxis, abzuschiebende Ausländer in Haft zu nehmen, gerät unter Druck. Am 17. Juli urteilte der Europäische Gerichtshof, dass Migranten vor einer Abschiebung nicht in normalen Gefängnissen untergebracht werden dürfen.

Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen und Nordrhein-Westfalen hatten dies getan und damit gegen eine EU-Richtlinie verstoßen, die separate Abschiebehafteinrichtungen vorschreibt. Am 25. Juli wurde ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) bekannt, nach dem Asylbewerber vor ihrer Abschiebung in ein anderes EU-Land nicht pauschal wegen Fluchtgefahr eingesperrt werden dürfen. Die Ausländerbehörden nehmen bei diesen so genannten Dublin-Fällen, die mittlerweile die Mehrheit aller Abschiebungen ausmachen, oft Fluchtgefahr an und sperren die Asylsuchenden deshalb ein. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage, so der BGH.

Nach den beiden Richtersprüchen wurden bundesweit etwa 30 Abschiebehäftlinge freigelassen. Bund und Länder prüfen, wie sie mit der neuen Rechtslage umgehen wollen. Politiker der Grünen und der Linkspartei forderten eine generelle Abschaffung der Abschiebehaft.

Das Bundesinnenministerium arbeitet jedoch seit einigen Monaten an einem „Gesetz zur Neubestimmung der Aufenthaltsbeendigung". Das soll es ermöglichen, Flüchtlinge, die über andere EU-Staaten nach Deutschland gekommen sind, direkt nach ihrer Ankunft in Haft zu nehmen. Diese Dublin-Fälle sollen dann bis zu ihrer Zurückschiebung in andere EU-Länder im Gefängnis bleiben. Ob das Gesetz im Bundesrat bestehen kann, ist offen.

Quelle: Publikation „Forum Migration September 2014" ■

Refugees welcome in Barnstedt

Der schöne Begriff „Willkommenskultur" scheint im medialen und politischen Kontext omnipräsent zu sein; oft wird er propagiert, selten internalisiert und noch seltener umgesetzt. Die 600 Dorfbewohner_innen aus dem niedersächsischen Barnstedt sprechen nicht nur über Willkommenskultur, sondern leben sie auch vor. Wie die HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) in ihrer heutigen Ausgabe berichtet, wurden die 17 Flüchtlinge aus dem Sudan, Somalia, der Elfenbeinküste und dem Libanon, die seit November 2013 ins Dorf kamen, von den Anwohner_innen direkt nach ihrer Ankuft herzlich empfangen. Wer hier in der Provinz rassistische, flüchtlingsfeindliche Ressentiments erwartet hat, wurde schnell eines besseren belehrt. Die Barnstedter_innen gründeten unmittelbar einen Initiativkreis für die Asylbewerber_innen im Dorf, der zunächst Sachspenden koordinieren sollte, aber anhand der Welle von Hilfsbereitschaft schnell überfordert war. So bekam ein Kind bspw. gleich fünf neue Fußbälle geschenkt. Schnell wurden die Flüchtlinge in die Dorfgemeinschaft aufgenommen.

Die Ortsansässigen unterstützen sie bei all den Dingen, die ihnen nach ihrer (meist psychisch wie physisch sehr belastenden) Flucht aus ihren Herkunftsländern in einem komplett neuen Umfeld schwer fielen: Hilfe beim Lernen der neuen Sprache, Begleitung bei Arztterminen oder Behördengängen u.v.m. Außerdem werden deutsch-sudanesische Essen veranstaltet und eine Musikmeile organisiert, um Spenden für Dolmetscher_innen und Rechtshilfe für die Neubarnstedter_innen zu generieren. Dabei treten dann Punkbands, Jagdhornbläser_innen oder Chansonsänger_innen auf, die Bäckerei spendet Kuchen und die Feuerwehr engagiert sich mit einem Grillstand. Wer also vorhat, demnächst wieder irgendwelche pauschalen Aussagen zu einer wie auch immer gestalteten Willkommenskultur zu tätigen, dem sei geraten, einfach mal in den Landkreis Lüneburg zu fahren und sich nach dem Dorf zu erkundigen, in welchem diese ganz selbstverständlich zum alltäglichen Zusammenleben dazugehört.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 02.09.2014 ■

Sofort Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen!

PRO ASYL fordert schnelle Umsetzung von Merkels Ankündigung. De Maizière soll Italien die Durchreise von Flüchtlingen nach Deutschland anbieten.

„Dort wo Menschen in Not sind, werden wir helfen, auch durch zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen", sagte Bundeskanzlerin Merkel gestern in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag.

PRO ASYL fordert Bund und Länder auf, diese Ankündigung schnell umzusetzen und insbesondere Angehörige von bedrohten Minderheiten (Jesiden, Christen und andere) nach Deutschland auszufliegen. Von besonderer Dringlichkeit sei es, Verletzte, Witwen und Waisenkinder aus der irakischen Krisenregion zu evakuieren. PRO ASYL geht davon aus, dass sich die Region nicht kurzfristig beruhigen wird. „Deutschland und Europa müssen sich auf dauerhaft höhere Flüchtlingszahlen einstellen", sagte PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt. (Presseerklärung vom 1.9.2014)

In Deutschland leben zahlreiche Flüchtlinge aus dem Irak, darunter auch zehntausende Angehörige der jesidischen Volksgruppe und anderer verfolgter Minderheiten. Viele von ihnen bangen in diesen Tagen um das Leben ihrer Angehörigen im Irak und wollen sie zu sich nach Deutschland holen.

Günter Burkhardt mahnte, Deutschland müsse die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak zügig organisieren. Anders als im Syrienkonflikt sollte eine schnelle Reaktion erfolgen. Bund und Länder hatten Sonderprogramme aufgelegt, um syrischen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Die Aufnahme startete jedoch erst mit monatelanger Verzögerung und kam danach nur schleppend voran. „Es ist dringend geboten, sofort zu handeln, um Menschenleben zu retten", sagte Burkhardt. Neben der Flüchtlingsaufnahme gehöre dazu auch, legale Wege zu schaffen, damit irakische Flüchtlinge nach Europa kommen können.

So lange die EU nicht handelt, sind tausende Flüchtlinge aus dem Nahen Osten gezwungen, über das offene Mittelmeer auf Booten nach Europa zu fliehen. Es gibt keine legalen Fluchtwege. Dies ist einer der Gründe, weswegen Italiens Marine in der Operation Mare Nostrum mehr als 110 000 Flüchtlinge auf dem Meer gerettet hat.

PRO ASYL fordert Innenminister de Maizière auf, beim heutigen Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen anzubieten, in Italien ankommenden Flüchtlingen mit Verwandten in Deutschland die Weiterreise zu gestatten. Deutschland dürfe nicht länger Italien die Verantwortung für die aus Seenot Geretteten aufbürden. Die starre europäische Zuständigkeitsregelung Dublin III müsse grundlegend geändert werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 2.9.2014 ■

Flüchtlingsrat MV kritisiert fahrlässige Äußerungen zum Thema Flüchtlingszahlen

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern kritisiert fahrlässige Äußerungen von Innenminister Lorenz Caffier zum Thema Flüchtlingszahlen. Caffier hatte am gestrigen Donnerstag (4.9.2014) erklärt, wir könnten nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen und dies mit der hohen Zahl, den Sorgen der Bevölkerung und den steigenden Kosten begründet.

Dazu der Flüchtlingsrat: Asyl ist ein Menschenrecht. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Völkerrecht, die EU-Gesetzgebung und nicht zuletzt das Grundgesetz sind verbindlich. Wir müssen Flüchtlinge aufnehmen – auch wenn das Geld kostet.

Innerhalb Europas liegt Deutschland mit seinen Asylzahlen seit Jahren im Mittelfeld. Die Bundesrepublik Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land Europas. Mit neun Asylanträgen pro 10 000 Einwohner_innen lag Deutschland 2012 auf Platz 10 der EU-Staaten. Auch 2013 belegte Deutschland nicht den Spitzenplatz. Den höchsten Flüchtlingsanteil pro Einwohner hatte 2013 laut EUROSTAT Schweden (5,7 Asylanträge pro Tausend Einwohner), gefolgt von Malta (5,3 Anträge). Die kleine Mittelmeerinsel und das nordeuropäische Königreich nahmen in

den vergangenen vier Jahren ungefähr 20 Asylbewerber pro Tausend Einwohner auf. Das wirtschaftlich starke Deutschland belegte 2013 mit 3,5 Asylbewerber pro tausend Einwohner in Europa Platz neun, weltweit lediglich Platz 16. (Quelle: Eurostat). Dem Vergleich mit Staaten im Nahen Osten oder in Afrika können wir angesichts der von der UNO-Flüchtlingshilfe genannten 51,2 Millionen Flüchtlinge weltweit gar nicht standhalten. Der Libanon hat derzeit einen Flüchtlingsanteil von 25 Prozent. Ein Viertel der Bevölkerung kommt also aus den Nachbarstaaten.

Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrates: „Eine solche Debatte in einem Bundesland loszutreten, in dem der Anteil gerade mal 3 Promille beträgt ist mehr als fahrlässig. Minister Caffier spielt mit den Ängsten der Bevölkerung und bestätigt sie. Er stärkt damit diejenigen, die mit ihrer unmenschlichen Einstellung gegen die Ärmsten der Armen, die alles verloren haben, ihre rechtsextremen Ziele verfolgen. Dabei besteht gar kein Grund zur Besorgnis. In der Vergangenheit kamen zwar schon weniger Flüchtlinge nach Deutschland, aber es gab auch schon wesentlich höhere Zahlen. Mit vernünftiger Planung könnten wir viel mehr Menschen aufnehmen.

Diese Debatte ist einzuordnen in das Vorfeld der Innenministerkonferenz im Herbst. Die CDU plant eine Verschärfung des Asylrechts. Sie benötigt dazu die Unterstützung aus der Bevölkerung. Auch ich sehe Parallelen zu Lichtenhagen 1992. Damals wurde ebenfalls nichts getan, um die Sorgen der Menschen ernstzunehmen und vor allem auszuräumen. Das Gegenteil war in der öffentlichen Debatte der Fall. Die politische Hetze gegen Asylsuchende lieferte den Gewalttätern von Rostock-Lichtenhagen die Stichworte. Die Eskalation wurde von der Landesregierung und der Stadt Rostock sehenden Auges in Kauf genommen. Das Pogrom wurde von den Polizeibehörden nicht verhindert und anschließend als Hebel zur Verstümmelung des Grundrechts auf Asyl instrumentalisiert. Die Folge war 1993 die Mehrheitsbildung für eine Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Asylrechts und für die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes."

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat M-V e.V., 05. September 2014 ■

Sichere Herkunftsländer?

Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma

Am 19. September wird im Bundesrat über eine Änderung des Asylgesetzes entschieden, die unter anderem Serbien, Bosnien Herzegowina und Mazedonien zu sogenannten „sicheren" Herkunftsländern machen möchte.

Wir haben in den vergangen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt – und auch keine Perspektive darauf. Aus humanitären und politischen Gründen sollte den Menschen Schutz vor Ausgrenzung, Verfolgung und sozialer Not geboten werden.

Die Gesetzesänderung feuert hier wie dort Stimmen gegen „Sozialschmarotzer" an. Dabei wäre grade das Gegenteil notwendig: den Menschen, die hierher geflohen sind und fliehen, die zum Teil schon seit Jahren hier leben oder sich aktuell auf die Suche nach einem menschenwürdiges Leben machen genau diese Perspektiven zu bieten.

Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung und einen Stopp der Politik, die rassistischer Hetze Vorschub gibt.

Gerade in Deutschland sollte die Rede von historischer Verantwortung ernst genommen werden – was bedeuten würde denjenigen, die strukturell ausgeschlossen und benachteiligt werden Chancen zu geben anstatt den Ausschluss zu wiederholen und immer weiter zu zementieren.

Flüchtlingsrat und Antidiskriminierungsverband SH besorgt über Roma-feindliche Gesetze

Gesetzesinitiativen des Bundes befördern antiziganistische Diskriminierungen

Flüchtlingsrat und Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein nehmen mit Blick auf die aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über in der Bevölkerung verbreitete Einstellungen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland Stellung zu aktuellen Gesetzesinitiativen.

„Die Befunde der Studie sind aus Sicht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma dramatisch", mahnt schon der erste Satz der gerade erschienenen Studie „Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung" zu Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland. Die Antidiskriminierungsstelle hatte die lesenswerte Studie beim Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und beim Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e.V. in Auftrag gegeben.

Rund 20 Prozent der Befragten wissen demnach nichts über die Verfolgungen und Ermordungen von Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus. Fast die Hälfte der Befragten steht der Ansicht, Deutschland habe gegenüber den Sinti und Roma eine historische Verantwortung, skeptisch gegenüber oder teilt sie nicht. Sinti und Roma werden von jedem/jeder Dritten für unsympathisch gehalten, eben so viele Befragte fänden es unangenehm, Sinti oder Roma in der Nachbarschaft zu haben.

Das sind nur einige Ausschnitte der Befunde, die die ADS und den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma dazu veranlassen, einen Forderungskatalog aufzustellen. Gefordert werden unter anderem Verbesserungen beim rechtlichen Schutz vor Diskriminierungen durch staatliche Stellen, ein eigenständiges Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände und das Ende des sogenannten „racial profiling" durch die Polizeibehörden.

Der Flüchtlingsrat und der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein begrüßen diesen Forderungskatalog ausdrücklich und formulieren insbesondere mit Blick auf die Tätigkeit des Gesetzgebers aus aktueller Sicht Ergänzungsbedarf. Denn die Umsetzung von zwei aktuellen Gesetzesinitiativen würde sich vor allem für Roma verheerend auswirken.

„Während der Bund unter den Ländern derzeit Mehrheiten für ein Gesetz sucht, das Flüchtlingen aus dem Westbalkan pauschal die Asylwürdigkeit abspricht," mahnt Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, „äußern Verwaltungsgerichte in Stuttgart und Münster Zweifel an der Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Asylanträge serbischer Roma als offensichtlich unbegründet abzulehnen."

Die von der Bundesregierung geplante Erklärung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas zu sicheren Herkunftsstaaten ignoriere die systematisch diskriminierenden Bedingungen und damit Verfolgungstatbestände, denen Roma in diesen Ländern ausgesetzt seien.

Auch die aktuelle Gesetzesinitiative zur Verschärfung des EU-Freizügigkeitsrechtes konterkariert nach Ansicht beider Akteure die Forderungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, gegen institutionelle Diskriminierungen vorzugehen. Jana Pecenka vom Antidiskriminierungsverband erklärt: „Anstatt den vor allem gegen Roma gerichteten Generalverdacht des ‚Sozialbetrugs', als rassistisch und antiziganistisch zu entlarven, wird ihm hier durch eine Gesetzesinitiative Vorschub geleistet."

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat und Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein 09.09.2014

ECRE-Studie nennt Defizite im europäischen Asylsystem

Die EU ist nach Ansicht des Europäischen Flüchtlingsrats ECRE noch immer weit von der Verwirklichung eines gemeinsamen Asylsystems entfernt. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die ECRE am 9. September 2014 in Brüssel der Öffentlichkeit präsentierte.

Der Titel der Studie „Mind the Gap" (deutsch: „Achten Sie auf den Abstand!") verweist darauf, dass nach Ansicht der Autoren zwischen dem Anspruch der EU, ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zu schaffen, und der Realität in

den Mitgliedstaaten weiterhin eine große Lücke klafft. So müssten Asylsuchende immer größere Risiken eingehen, um das Territorium der EU zu erreichen. Allein im Rahmen der italienischen Operation „Mare Nostrum“ seien über 100 000 Menschen im Mittelmeer aus Seenot gerettet worden. Dies mache deutlich, dass ein enormer Bedarf bestehe, sichere und legale Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa zu eröffnen. Stattdessen würden die EU-Staaten aber wieder dazu übergehen, Maßnahmen zu ergreifen, die in der Vergangenheit bereits gescheitert seien und mit denen versucht werde, durch verstärkte „Grenzsicherung“ sowie durch die Kooperation mit Staaten außerhalb der EU „illegale Migrationsströme“ zu bekämpfen.

Asylsuchende, die die EU erreichen, werden laut ECRE noch immer mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die den Zugang zu einem fairen Asylverfahren behindern:

- ..Fehlender oder eingeschränkter Zugang zu Unterkunft und zur Grundversorgung: Zum Beispiel hätten Asylsuchende in Frankreich im Jahr 2014 durchschnittlich 12 Monate darauf warten müssen, in einer Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende untergebracht zu werden.
- ..Inhaftierung von Asylsuchenden auf problematischer Rechtsgrundlage sowie unzureichende Haftbedingungen: In Ungarn hätten sich im April 2014 26% aller Asylsuchenden in Haft befunden.
- ..Fehlender Zugang zu kostenloser und qualifizierter Rechtsberatung.
- ..Fehlende Mechanismen, um Asylsuchende mit besonderen Bedürfnissen (z.B. Opfer von Folter oder Minderjährige) zu identifizieren und angemessen zu versorgen.

Die erheblichen Unterschiede in Asylrecht und -praxis der EU-Mitgliedstaaten werden in der Studie auch durch umfangreiche Statistiken belegt. Dabei werden zum Beispiel die enormen Abweichungen bei Anerkennungsquoten von Asylsuchenden deutlich:

Demnach erhielten im Jahr 2013 in Frankreich lediglich 17% somalischer Asylsuchende einen Schutzstatus, während die entsprechende Quote in den Niederlanden bei 90% und in Italien bei 96% lag. Auch bei syrischen Asylsuchenden kam es im Jahr 2013 zu starken Abweichungen. Hier erhielten in Italien 51% der Antragsteller Schutz, während es in Deutschland 99% sowie in Bulgarien und Malta jeweils 100% waren. Demgegenüber hatten Asylsuchende aus der Russischen Föderation im Jahr 2013 in Deutschland nur sehr geringe Chancen auf einen Schutzstatus (2%), während die Anerkennungsquoten in anderen europäischen Ländern deutlich höher ausfielen (Österreich: 26%, Frankreich: 26%, Großbritannien: 41%). …

Quelle: Europäischer Flüchtlingsrat ECRE 09.09.2014 ■

Schluss mit dem Aushungern der Refugees!

Vor mehr als einer Woche besetzten Refugees das Dach ihrer vormaligen Unterkunft in der Gürtelstraße in Friedrichshain. Sie sind frühere Bewohner des Oranienplatzes und fallen damit unter die so genannte O-Platz-Regelung, ausgehandelt im „Einigungspapier Oranienplatz“ zwischen den Refugees und Senatorin Dilek Kolat im Auftrag des Berliner Senats. Während die Refugees ihren Teil der Vereinbarung erfüllt haben … halten sich weder der Senat noch Ausländerbehörde an ihre Zusagen: In keinem Fall wurde bisher ernsthaft einzelfallbezogen geprüft. Es gibt keine einzige Umverteilung nach Berlin, keine einzige Aufenthaltserlaubnis, keinen Abschiebestopp, nicht einmal reguläre medizinische Versorgung. Stattdessen wurden 108 Refugees, deren Asylverfahren für abgeschlossen erklärt wurden, mittellos auf die Straße gesetzt, sprich sie sind seitdem obdachlos.

Aus Protest gegen diesen Vertragsbruch besetzten am 26. August einige von den Refugees das Dach der Gürtelstraße 39. Noch sieben von den anfangs zehn Männern aus Niger harren seitdem ohne Essen und praktisch ohne Wasser aus. Weder Anwält*innen noch Ärzt*innen werden zu ihnen vorgelassen. Einer der Protestierenden ist an Tuberkulose erkrankt, er erhielt seine lebenswichtigen Medikamente erst nach einigen Tagen und ohne Wasser. Fehlender Strom macht die Kommunikation nach außen inzwischen unmöglich. Die menschenverachtende Politik des Berliner Senats und der Polizei ist offensichtlich: um den legitimen Protest zu brechen, sollen die Dachbesetzer ausgehungert werden. Gravierende gesundheitliche Schäden für die Betroffenen werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Quelle: Pressemitteilung Medibüro Berlin 4.9.2014 ■

Berlin: Sozialsenator Czaja setzt Asylrecht außer Kraft

Berlins Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber verweigert die Annahme von Asylanträgen

Wie Sozialsenator Mario Czaja (CDU) heute Mittag auf einer Pressekonferenz beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)bekannt gab, werden in Berlin vorerst keine Asylanträge mehr angenommen. Für die Betroffenen bedeutet das: Kein Zugang zum verfassungs- und europarechtlich garantierten Asylrecht, kein Zugang zur polizei- und menschenrechtlich gebotenen Existenzsicherung, keine Annahme des Asylgesuchs zur Weiterleitung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF, keine Zuweisung einer Unterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, keine Verpflegung und keine medizinische Versorgung.

Zum wiederholten Male setzt die in Berlin für die Annahme von Asylanträgen allein zuständige „ZENTRALE AUFNAHMEEINRICHTUNG FÜR ASYLBEWERBER ZAA“ beim LAGeSo Berlin Asylsuchende rechtswidrig ohne Verpflegung der Obdachlosigkeit aus. Begründet wird dies mit dem „Flüchtlingsansturm“ bei der ZAA, in den letzten beiden Tagen seien dort je 100 Asylanträge gestellt worden. Man hoffe, so MitarbeiterInnen des LAGeSo, die Flüchtlinge werden auf andere Bundesländer ausweichen. Dabei ist die Schließung nicht mit anderen Bundesländern abgesprochen.

Schon bisher werden neu ankommende Asylsuchende gleichmäßig auf die Bundesländer verteilt. Dabei gehört aber auch die geordnete Zuweisung und Weiterleitung Asylsuchender an andere Bundesländer nach dem „Königsteiner Schlüssel“ zu den Pflichtaufgaben der nunmehr geschlossenen Berliner ZAA.

Während neu in Berlin ankommende Flüchtlinge im August 2014 nur noch Hostel-Gutscheine erhalten hatten, um sich – oft erfolglos – selbst Schlafplätze zu besorgen – vgl. PM des Flüchtlingsrats vom 14.8.14 und vom 4.10.13 – wird ihnen nun erklärtermaßen jegliche Schlafmöglichkeit verweigert, da Asylanträge nicht einmal mehr entgegengenommen werden. Das Land Berlin ist gesetzlich verpflichtet, asylsuchenden Menschen eine Unterkunft nachzuweisen, und sie als Asylsuchende ggf. auch an andere Bundesländer zuzuweisen. … „Senator Czaja setzt willkürlich Grund- und Menschenrechte und das Asylrecht außer Kraft“, so Nora Brezger vom Flüchtlingsrat Berlin, „wir sind schockiert über das skrupellose Vorgehen des Gesundheits- und Sozialsenators, die asylsuchenden Menschen ohne Nahrung und Dach über dem Kopf und ohne medizinische Hilfe sich selbst zu überlassen.“

So wurde heute einer allein reisenden Mutter mit zwei Kindern im Alter von zwei und vier Jahren aus Tschetschenien, die vorsprechen wollte um ihr Asylgesuch zu stellen, mitgeteilt, sie dürfe erst am 16.9.2014 wieder vorsprechen. Bis dahin wurden weder Übernachtungsmöglichkeiten bereitgestellt, noch bekam sie Verpflegungsgeld und Krankenscheine, noch einen Termin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF zur förmlichen Asylantragstellung.

Jeder neu ankommende Asylsuchende wird seit heute von der ZAA abgewiesen und auf einen Termin ein oder zwei Wochen später verwiesen. Der Flüchtlingsrat fordert die sofortige Öffnung der ZAA und die sofortige Annahme von Asylanträgen neu ankommender Flüchtlinge, sowie ihre Unterbringung und Verpflegung. …

Quelle: Presseinformation Flüchtlingsrat Berlin 03.09.2014 ■

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber …“

100 Jahre Erster Weltkrieg, 100 Jahre Bezugnahmen und Deutungen in Europa

Wuppertal, 19.-21.9.2014: **Kongress** mit Prof. Dr. Klaus Theweleit, Prof. Dr. Arno Klönne, Dr. Dieter Nelles, Dr. Holger Politt, Dr. Oliver Schulz, Dr. Gudrun Brockhaus, Yves Müller, Ángel Alcade, Silke Fehlemann, Dr. Joachim Schröder, Marcel Bois, Malte Meyer, Pieter Trogh, Dr. Stephan Stracke, Dr. Salvador Oberhaus, Anke Hoffstadt, Frank Werner, Bernd Hüttner

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bund)

Heute, hundert Jahre nach seinem Beginn im August 1914, stehen der Erste Weltkrieg und seine Geschichte im besonderen Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und einmal mehr wird nach den Ursachen und Verursachern gefragt. Wir möchten diese Debatten aufgreifen, reflektieren und weiterführen: Wie wurde und wird der Erste Weltkrieg seit nunmehr 100 Jahren ver- und bearbeitet? Inwiefern ist der Erste Weltkrieg seit 100 Jahren ein Bezugspunkt für verschiedene Deutungen, Identitätskonstruktionen und Geschichtspolitiken?

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich…“ – von Mark Twains derzeit vielzitierter Bemerkung zur (Un)Vergleichbarkeit historischer Strukturen und Ereignisse bis zu Kurt Tucholskys Aufruf „Krieg dem Kriege!“ von 1919 andererseits entspannt sich ein ganzer Bogen von Fragen nach politischen und sozialen Zusammenhängen, nach ihrer Langlebigkeit und Aktualität bis in unsere Gegenwart hinein. Wir wollen Verbindungslinien, Kontinuitäten, Brüche und Strukturen der verschiedenen Bezugnahmen auf den Ersten Weltkrieg ausloten und uns dabei vor allem auf kultur- und mentalitätshistorische Zugänge konzentrieren:

a.. Welche Rolle spielt der Erste Weltkrieg für die Strukturen und Entwicklungen des Nationalsozialismus?

b.. Welche Auswirkungen hatte der Erste Weltkrieg auf die in der ArbeiterInnenbewegung organisierte politische Linke? Und wie bezog sie sich ihrerseits auf den Ersten Weltkrieg?

c.. Wie sind die geschichtspolitischen Interpretationen und Standpunkte sowie die erinnerungskulturellen Praktiken im „Erinnerungsjahr 2014“ einzuordnen? Was bedeutet es, den Krieg als „Urkatastrophe“ zu denken und von zivilisatorischen Bruchkanten, Zäsuren oder Kontinuitäten im „kurzen 20. Jahrhunderts“ zu sprechen?

Wir laden Sie und Euch herzlich ein, ein Wochenende mit Vorträgen, Workshops, Filmabend und Ausstellungsexkursion mit Fragen, Gesprächen und Diskussionen mitzugestalten.

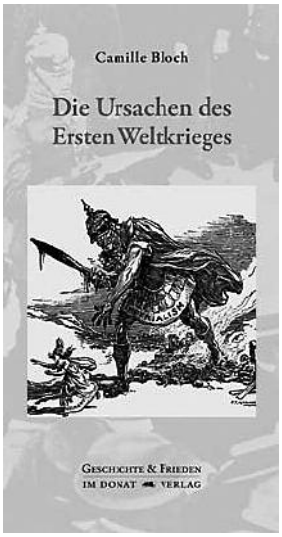
Ort: Die Börse, Wolkenburg 100, 42119 Wuppertal
Weitere Infos, Programm und Anmeldung unter www.nrw.rosalux.de/nc/event/50792/geschichte-wiederholt-sich-nicht-aber.html
Rosa-Luxemburg-Stiftung Regionalbüro NRW

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die Ursachen des Ersten Weltkrieges

Camille Bloch

Seit Monaten führt das „Schlafwandler“-Buch von Ch. Clark die Bestsellerliste an. Doch was ist dran an der Behauptung, alle seien irgendwie in den Ersten Weltkrieg „geschlafwandelt“? Darauf gibt das Buch des französischen Historikers und Archivars Camille Bloch über „Die Ursachen des Ersten Weltkrieges“ eine klare Antwort: Nichts. Obwohl bereits 1933 in Paris und 1935 in deutscher Übersetzung in Zürich erschienen, ist es keineswegs überholt. Im Dritten Reich verboten, hat es der Donat Verlag soeben als wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Debatte über die Kriegsschuldfrage 1914 herausgebracht und macht es damit der deutschen Öffentlichkeit zum ersten Mal bekannt.



Anders als Clark befasst sich Bloch nicht mit der Psyche der europäischen Staatsmänner und besteht als kenntnisreicher und überaus bewährter Archivar auf der „historischen Methode“. … Im Wesentlichen stellt Bloch zwei Thesen auf. Zum einen: In der enormen Menge der bis zum Tag des Erscheinens seines Buches veröffentlichten Dokumente findet sich – und so ist es auch heute noch – kein Indiz dafür, welches zu der Annahme berechtigt, dass es ohne die konzertierten Aktionen der deutschen und österreichischen Machthaber im August 1914 zu einem Krieg gekommen wäre. … Zum anderen: Die Bemühungen der vier genannten Mächte, den Frieden zu erhalten, haben deren Gegner bis Ende Juli anerkannt. Erst als die diplomatischen Finten zu nichts mehr taugten und aller Welt vor Augen stand, wer das Räderwerk des Krieges in Gang gesetzt hat, bezichtigte man den Feind der Aggression, gegen die man gezwungen sei, sich verteidigen zu müssen.

… Wie schon die nach 1914 überzeugten Propagandisten deutscher Unschuld verteidigen ihre Nachfahren nach hundert Jahren jene deutschen Machthaber, die Europa und die Welt in den Abgrund gestürzt haben. …

Herausgegeben und mit einer Einleitung von Helmut Donat [= Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 28] 240 Seiten, 6 Abbildungen, 14.80 € – ISBN 978-3-943425-29-1

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

AfD – Durchbruch in Sachsen – Hoffnungen des Blattes

Junge Freiheit Nr. 37 + 38/14 vom 5. und 12.9.2014

Als einen „Sieg“ betrachtet Chefredakteur Dieter Stein das Wahlergebnis der AfD in der sächsischen Landtagswahl, er betrachtet ähnliche Wahlergebnisse in Thüringen und Brandenburg als sicher: „Mit drei Landtagsfraktionen und der Präsenz im EU-Parlament wird die AfD in vierzehn Tagen zur etablierten Größe.“ Dem Blatt scheint ein strategischer Wechsel möglich: „Die politischen Gewichte verlagern sich damit. Die FDP als wankelmütiger Lobbyistenclub linksliberaler Meinungsmacher und Wirtschaftsverbände ist paralysiert, die Union hat ihr hochnäsig missbrauchtes Monopol auf Vertretung der bürgerlichen Mitte verloren. Die CDU spürt nun den heißen Atem der AfD im Nacken … Die Altparteien, Grüne und Linke eingeschlossen, machen nun die Erfahrung, dass sie den Staat und die Parlamente nicht für sich gepachtet haben. Es lebe die Demokratie!“ Ganz so ernst meint es das Blatt mit der angeblichen Mitte, die die AfD für sich erobert habe, nicht. In der folgenden Ausgabe erläutert Stein, warum das Blatt die Partei so unterstützt, dass sich schon manche Leser beschweren, das Blatt sei „fast schon eine Parteizeitung“: Das Blatt habe schon zahlreiche Parteien als „konservative, rechtsdemokratische“ Alternativen unterstützt – die Republikaner, den Bund freier Bürger, die Schill-Partei ebenso wie die rechten Flügel in den Unionsparteien und der FDP – Martin Hohmann, Alexander von Stahl. Jetzt aber bestehe Hoffnung: „Zweifellos ist die bisherige Entwicklung der AfD für die Parteiengeschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. Seit dem Verschwinden der Deutschen Partei … ist sie die erste ernsthafte konservative Herausforderung für sie und die CSU, die an die Substanz gehen könnte. Insofern ist es für die künftige Ausrichtung der Republik von enormer Bedeutung, ob sich die Arithmetik durch die AfD verschiebt: Die Union verliert ihr Monopol auf Vertretung der bürgerlichen Mitte, die FDP geht als linksliberaler Faktor unter, und es eröffnen sich so Spielräume für rechtsliberale, konservative Politikinhalte.“ Ob dies der AfD gelingen kann, hängt zu einem erheblichen Teil auch davon ab, wie die anderen Parteien mit ihr umgehen – behandeln sie sie „normal“ oder pflegen sie einen Umgang wie mit anderen rechten Parteien – keine Verbrüderung, kein Austausch von Höflichkeiten, keine Zusammenarbeit.

Mal wieder: Flüchtlinge als Bedrohung

Junge Freiheit Nr. 37/14 vom 5. September 2014

Der „Zustrom von Asylbewerbern“ wachse bedrohlich und sei außer Kontrolle titelt das Blatt. Tatsächlich steigt die Zahl von Flüchtenden stark an – liegt aber 2014 noch immer unter der Zahl von 1995 – in diesem Jahr haben bislang ca. 100 000 Menschen einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik gestellt, im Jahr 1995 waren es 167 000. Das war bereits nach der Auflösung des Asylrechts im Grundgesetz. Jetzt aber malt das Blatt regelrechte Schreckensszenarien an die Wand. Die steigenden Zahlen seien der Beweis dafür, dass nicht Flucht und Verfolgung, sondern „dreiste Einwanderung in den deutschen Sozialstaat“ Ursache sei. Dass die Flüchtlingszahlen in anderen Ländern noch mehr steigen, dass z.B. Schweden mit 9,5 Millionen Einwohnern in diesem Jahr bereits über 60 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, nimmt das Blatt nicht zur Kenntnis, sondern fordert zynisch: „Herabsetzung der materiellen Anreize für illegale Einwanderung und Asylbetrug, Wiedereinführung wirksamer Grenzkontrollen und ein Grenzregime an den EU-Außengrenzen, das aufgegriffene illegale Einwanderer umgehend zurückschleppt und nicht den Schleusern und Schleppern auf den letzten Metern auch noch den Transport abnimmt.“ Das heißt: Sollen sie doch im Mittelmeer umkommen – denn die italienische Marine sammelt die Flüchtlinge auf, deren Boote vom Untergang bedroht sind. Das heißt auch, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz auszuhebeln. Der größte Teil der Flüchtlinge kommt zurzeit aus Syrien und Eritrea, sie flüchten vor Krieg und Verfolgung. Wohin sollen sie zurückgeschleppt werden?

Mit Russland gegen Amerika?

Junge Freiheit Nr. 38/14 vom 12. September 2014

Mit „Leitlinien für eine interessenorientierte Realpolitik gegenüber Amerika, Russland und Osteuropa“ macht das Blatt auf – und knüpft an die lange bestehende antiamerikanische Politik an, mit interessanten Akzenten: Nicht mehr der Austritt aus Nato und EU, sondern die Nato-Mitgliedschaft biete „Deutschland auch die Möglichkeit, dem Missbrauch der Nato als Instrument globaler amerikanischer Hegemoniepolitik zu widersprechen, wenn diese deutschen und europäischen Interessen zuwiderläuft.“ Und schließlich: „Der Wille Russland ‚anders‘ zu sein und sich dem unter dem Schlagwort der ‚Demokratie‘ vorangetragenen globalen Dominanzanspruch westlich-amerikanischer Doktrinen zu unterwerfen – vom Radikalindividualismus und Homosexuellen-Kult über Multikulturalismus und Masseneinwanderung bis zur Verachtung und Auflösung der eigenen kulturellen, historischen und religiösen Fundamente – sollte respektiert und nicht dämonisiert werden.“ Man ist schon fast versucht, dem Blatt zu raten, nach Russland auszuwandern. Aber Zweck der Russland-Sympathie ist die altbekannte Islamphobie: „Und der islamische Extremismus und Terrorismus fordert Russland ebenso heraus wie Europa und die USA. Töricht, sich in einer solchen Situation in eine Neuauflage des Kalten Krieges zu stürzen und sich gegenseitig zu schwächen.“

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370